

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2016/206175]

21. NOVEMBER 2016 — Dekret zur Abänderung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung insbesondere in Bezug auf die Gemeinderatswahlen

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *VERSCHIEDENE ÄNDERUNGEN*

Artikel 1 - In Artikel L1123-1 § 2 Absatz 3 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung wird die Wortfolge "die Identität des Bürgermeisters, der Schöffen, sowie diejenige des vermuteten Vorsitzenden des Sozialhilferats" durch die Wortfolge "die Identität des vorgeschlagenen Bürgermeisters, der Schöffen sowie des vermuteten Vorsitzenden des Sozialhilferats" ersetzt.

Art. 2 - Artikel L1123-4 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 26. April 2012, wird aufgehoben.

Art. 3 - Artikel L1125-1 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 8. Dezember 2005, 1. Juni 2006 und 18. April 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Nummer 13 wird eingefügt:

«13° die Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "bis 11°" durch die Wortfolge "bis 13°" ersetzt.

Art. 4 - Artikel L1222-3 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 2. März 2015, wird wie folgt ersetzt:

«Art. L1222-3 - Der Gemeinderat wählt das Verfahren für die Vergabe der öffentlichen Aufträge und Konzessionen für Arbeiten und Dienstleistungen und legt deren Bedingungen fest.

In zwingenden Dringlichkeitsfällen infolge unvorhersehbarer Ereignisse kann das Gemeindekollegium aus eigener Initiative die in Absatz 1 erwähnten Befugnisse ausüben. Sein Beschluss wird dem Gemeinderat auf dessen nächstfolgender Sitzung zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

Der Gemeinderat kann dem Gemeindekollegium die in Absatz 1 erwähnten Befugnisse übertragen.»

Art. 5 - Artikel L1222-4 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

«Art. L1222-4 - Das Gemeindekollegium leitet das Verfahren ein, vergibt den öffentlichen Auftrag oder die Konzession für Arbeiten oder Dienstleistungen und gewährleistet dessen Ausführung.

In den Fällen, in denen eine Verhandlung mit dem Submittenten erlaubt ist, kann das Gemeindekollegium die Bedingungen des Auftrags oder der Konzession vor der Vergabe abändern. Außer bei Anwendung von Artikel L1222-3 Absatz 3 informiert es den Gemeinderat auf dessen nächstfolgender Sitzung darüber.

Das Gemeindekollegium kann den öffentlichen Auftrag oder die Konzession für Arbeiten oder Dienstleistungen während der Ausführung abändern.»

Art. 6 - Artikel L1523-15 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. § 3, abgeändert durch das Dekret vom 26. April 2012, und § 4 werden gestrichen.

2. § 5 wird wie folgt ersetzt:

«§ 5 - Die Statuten jeder Interkommunalen bestimmen die Anzahl ihrer Verwalter. Diese darf nicht unter drei liegen. Jede angeschlossene Gemeinde entsendet mindestens einen und höchstens drei Vertreter in den Verwaltungsrat. Entsendet eine Gemeinde mehr als einen Vertreter in den Verwaltungsrat, gehört mindestens einer dieser Vertreter der Opposition im Gemeinderat an.»

Art. 7 - In Artikel L4121-1 § 2 Absätze 1 und 2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "einer wallonischen Gemeinde" durch die Wortfolge "einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets" ersetzt.

Art. 8 - Artikel L4122-2 § 4 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 9 - Artikel L4122-12 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 1. Juni 2006 und vom 18. April 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 werden die Wortfolgen "Der Beamte, der" und "er feststellt" durch die Wortfolgen "Das Personalmitglied der Gemeinde, das" und "es feststellt" ersetzt.

2. In Absatz 3 werden die Wortfolge "Der Beamte" und das Wort "er" durch die Wortfolge "Das Personalmitglied der Gemeinde" und das Wort "es" ersetzt.

3. In Absatz 4 wird die Wortfolge "der Beamte" durch die Wortfolge "das Personalmitglied der Gemeinde" ersetzt.

Art. 10 - In Artikel L4132-1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird folgender § 4 eingefügt:

«§ 4 - Der Bevollmächtigte darf wählen, wenn er dem Vorsitzenden des für den Vollmachtgeber zuständigen Wahlvorstandes die Vollmacht, eine der in § 1 erwähnten Bescheinigungen sowie seinen Personalausweis und seine eigene Wahlaufforderung vorlegt. Der Vorsitzende bringt auf letzterer den Vermerk "hat per Vollmacht gewählt" an.»

Art. 11 - Artikel L4133-1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 wird das Datum "31. Juli" durch das Datum "10. September" ersetzt.

2. § 3 wird aufgehoben.

Art. 12 - In Artikel L4133-2 § 1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "am fünfzehnten Tag" durch die Wortfolge "am Tag" ersetzt.

Art. 13 - In Artikel L4134-4 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird nach Absatz 2 folgender Absatz eingefügt:

«Jeder Zeuge gibt eine Erklärung ab, wonach er sich verpflichtet, die Grenzen seiner Aufgaben nicht zu überschreiten. Der Vorsitzende nimmt diese in das Protokoll auf.»

Art. 14 - In Artikel L4141-1 § 1 Absatz 2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird jeweils das Wort "wallonischen" gestrichen.

Art. 15 - In Artikel L4142-1 § 2 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 1. Juni 2006, den Erlass vom 20. Dezember 2007 und das Dekret vom 18. April 2013, wird folgende Nummer 11 eingefügt:

«11. die Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

Art. 16 - Artikel L4142-7 Absatz 1 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 1. Juni 2006 und 21. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

«2° Auf einer Liste gehört nicht mehr als die Hälfte der Kandidaten demselben Geschlecht an;».

2. Folgende Nummer 3 wird eingefügt:

«3° Die ersten zwei Kandidaten einer Liste gehören nicht demselben Geschlecht an.»

Art. 17 - In Artikel L4142-33 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird nach Absatz 2 folgender Absatz eingefügt:

«Die Listennummern werden zuerst den vollständigen Listen zugeteilt. Einzelkandidaten gelten als unvollständige Liste.»

Art. 18 - In Artikel L4142-46 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

«Es ist verboten, auf mehr als einer Liste zu kandidieren. Niemand darf den Schutz eines Kürzels oder Logos beantragen, wenn er gleichzeitig Kandidat auf einer Liste ist, die ein anderes geschütztes Kürzel oder Logo trägt.

Der Kandidat, der dem in Absatz 2 erwähnten Verbot zuwiderhandelt, wird mit einer Gefängnisstrafe von 8 bis 15 Tagen oder einer Geldbuße von 26 bis 200 Euro bestraft. Außerdem wird seine Kandidatur von sämtlichen Listen gestrichen.»

Art. 19 - In Artikel L4145-6 § 1 Absatz 1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "nacheinander durch 2, 3, 4, 5" durch die Wortfolge "nacheinander durch 1, 2, 3, 4, 5" ersetzt.

Art. 20 - Artikel L4145-12 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 2 wird aufgehoben.

2. § 2 Nummer 1 wird aufgehoben.

3. In § 2 Nummer 2, die zu Nummer 1 wird, wird die Wortfolge "dieses Produkt" durch die Wortfolge "die Wahlziffer der Liste" ersetzt.

KAPITEL 2 — DER KONTROLLAUSSCHUSS UND DIE KONTROLLE DER WAHLAUSGABEN

Art. 21 - Artikel L4112-13 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 1. Juni 2006 und 21. Juni 2012, wird wie folgt ersetzt:

«Art. L4112-13 - Kontrollausschuss.

Als "Kontrollausschuss" wird der Kontrollausschuss bezeichnet, der durch Artikel 2 des Dekrets vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzt worden ist und der mit der Kontrolle der Wahlausgaben, die für die Wahlen der Mitglieder der Gemeinderäte eingesetzt worden sind, einschließlich des Ursprungs der Geldmittel, beauftragt ist.

Ein Mitglied des Kontrollausschusses darf nicht an den Sitzungen teilnehmen, falls dieser mit einer Beschwerde gemäß Artikel L4146-25 befasst wird, die es persönlich und unmittelbar betrifft, die auf es zurückzuführen ist oder falls der Ausschuss mit einer Beschwerde befasst wird, die einen oder mehrere Kandidaten betrifft, die aus der Gemeinde des Mitglieds stammen.

Der Kontrollausschuss wird bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben im Bereich der Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahlen der Gemeinderäte von einem aus zwei juristischen Sachverständigen bestehenden Kollegium unterstützt. Diese Sachverständigen werden vom Parlament spätestens im Rahmen seiner letzten Sitzung vor den Gemeinderatswahlen bezeichnet. Ihre Aufgabe endet mit dem endgültigen Abschluss der vom Kontrollausschuss durchgeführten Kontrolle.

Diese beiden Sachverständigen gehören einer der folgenden Kategorien an:

- Magistrat, Honorarmagistrat oder emeritierter Magistrat des gerichtlichen Stands;
- ordentlicher Professor, außerordentlicher Professor, emeritierter Professor, Professor, assoziierter Professor oder Lehrbeauftragter einer belgischen Universität oder Hochschule mit Erfahrung im Verwaltungs- oder öffentlichen Recht;
- Inhaber eines Hochschuldiploms langer Studiendauer in Rechtswissenschaften mit Erfahrung im Verwaltungs- oder öffentlichen Recht.

Für jeden effektiven Sachverständigen bezeichnet das Parlament einen stellvertretenden Sachverständigen, der einer der in Absatz 4 genannten Kategorien angehört.

Jeder auf diese Weise bezeichnete Sachverständige führt seine Aufgabe unabhängig aus. Diese Aufgabe besteht darin, den Mitgliedern des Ausschusses Beistand zu leisten. Er hat keine beschließende Stimme.

Im Falle eines Interessenkonflikts bezüglich einer oder mehrerer Beschwerden gemäß Artikel L4146-25 wird der Sachverständige unmittelbar durch einen der Stellvertreter ersetzt.»

Art. 22 - Artikel L4131-4 § 2 Absatz 3 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge "der regionalen Kontrollkommission" wird durch die Wortfolge "dem Kontrollausschuss" ersetzt.
2. Die Angabe "/ihren" wird gestrichen.

Art. 23 - In Artikel L4131-6 § 2 Absatz 2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, werden die Wortfolgen "der Kontrollkommission" und "die Kontrollkommission" durch die Wortfolgen "dem Kontrollausschuss" und "den Kontrollausschuss" ersetzt.

Art. 24 - Artikel L4146-25 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 21. Juni 2012 und vom 18. April 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "bei der regionalen Kontrollkommission" durch die Wortfolge "beim Kontrollausschuss" ersetzt.
2. In § 2 wird die Wortfolge "der regionalen Kontrollkommission" durch die Wortfolge "des Kontrollausschusses" ersetzt.
3. In § 4 Absatz 2 werden die Wortfolge "Die regionale Kontrollkommission" und das Wort "sie" durch die Wortfolge "Der Kontrollausschuss" und das Wort "er" ersetzt.
4. Im einleitenden Satz von § 7 wird die Wortfolge "der regionalen Kontrollkommission" durch die Wortfolge "des Kontrollausschusses" ersetzt.
5. In § 7 Nummer 2 wird das Wort "sie" durch das Wort "er" ersetzt.
6. In § 7 Nummer 3 wird das Wort "sie" jeweils durch das Wort "er" und das Wort "ihrer" durch das Wort "seiner" ersetzt.
7. In § 7 Nummer 4 wird die Wortfolge "der regionalen Kontrollkommission" durch die Wortfolge "des Kontrollausschusses" ersetzt.
8. In § 7 Nummer 5 werden die Wortfolge "die regionale Kontrollkommission", das Wort "ihrer" und das Wort "sie" durch die Wortfolge "der Kontrollausschuss", das Wort "seiner" und das Wort "er" ersetzt.
9. In § 7 Nummern 6 und 7 wird die Wortfolge "von der regionalen Kontrollkommission" jeweils durch die Wortfolge "vom Kontrollausschuss" ersetzt.
10. In § 7 Nummer 8 wird die Wortfolge "der regionalen Kontrollkommission" durch die Wortfolge "des Kontrollausschusses" ersetzt.

Art. 25 - Artikel L4146-26 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 21. Juni 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 werden die Wortfolge "Die regionale Kontrollkommission" und das Wort "ihren" durch die Wortfolge "Der Kontrollausschuss" und das Wort "seinen" ersetzt.
2. In § 2 wird die Wortfolge "Die regionale Kontrollkommission" durch die Wortfolge "Der Kontrollausschuss" ersetzt.

Art. 26 - Artikel L4146-27 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 1. Juni 2006, 21. Juni 2012 und 18. April 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 und § 2 Absätze 1 und 3 werden die Wortfolgen "der regionalen Kontrollkommission" und "der Kontrollkommission" jeweils durch die Wortfolge "des Kontrollausschusses" ersetzt.
2. In § 3 wird die Wortfolge "die regionale Kontrollkommission" durch die Wortfolge "der Kontrollausschuss" ersetzt.

Art. 27 - In Artikel L4146-28 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 21. Juni 2012, wird die Wortfolge "der regionalen Kontrollkommission" jeweils durch die Wortfolge "des Kontrollausschusses" ersetzt.

KAPITEL 3 — ZUSTÄNDIGE BEHÖRDEN

Art. 28 - Artikel L4122-3 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:
«Ein Exemplar des Wählerregisters wird unverzüglich der Regierung oder der von ihr beauftragten Person übermittelt.»
2. § 3 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:
«Die Regierung oder die von ihr bezeichnete Person nimmt die notwendigen Überprüfungen vor und schickt dem Gemeindegremium das betreffende Wählerregister mit den Bemerkungen und den vorzunehmenden Abänderungen innerhalb eines Monats nach seinem Eingang zurück.»

Art. 29 - In Artikel L4122-7 § 2 Absatz 2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "den Provinzgouverneur" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 30 - In Artikel L4122-32 § 2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "dem Provinzgouverneur oder dem von ihm bestimmten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung oder der von ihr beauftragten Person" ersetzt.

Art. 31 - In Artikel L4122-35 Absatz 4 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "der Gouverneur" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 32 - Artikel L4123-1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge "der Gouverneur" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt ersetzt:
«§ 2 - Spätestens am 10. September teilt die Regierung oder die von ihr beauftragte Person die Wähler pro Wahlkanton in Sektionen auf und bestimmt die Reihenfolge der Sektionen in jedem Kanton, wobei sie mit dem Hauptort beginnt.»

Sie weist jeder Sektion ein getrenntes Wahllokal zu. Macht die Anzahl Sektionen es erforderlich, kann sie deren mehrere in den Räumen eines gleichen Gebäudes einberufen.»

Art. 33 - Artikel L4123-2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 wird die Wortfolge "dem Provinzgouverneur oder dem von ihm bestimmten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung oder der von ihr beauftragten Person" ersetzt.

2. § 3 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

«§ 3 - Sofort nach ihrem Eingang übermittelt die Regierung oder die von ihr bestimmte Person dem Vorsitzenden des Gemeindevorstands gegen Empfangsbestätigung oder mit einem per Post aufgegebenen Einschreibebrief zwei abgestempelte Abschriften aller Wahlregister seiner Gemeinde.»

3. In § 4 wird die Wortfolge "der Provinzgouverneur" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 34 - In Artikel L4124-1 § 4 Absatz 1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "Der Gouverneur oder der von ihm bestimmte Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung oder die von ihr beauftragte Person" ersetzt.

Art. 35 - In Artikel L4125-9 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "der Gouverneur" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt und die Wortfolge "ordnungsgemäß durch den Provinzgouverneur abgestempelten" durch die Wortfolge "von der Regierung oder der von ihr beauftragten Person gutgeheißenen" ersetzt.

Art. 36 - Artikel L4125-13 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 werden die Wortfolge "der Provinzgouverneur" und das Wort "er" durch die Wortfolge "die Regierung" und das Wort "sie" ersetzt und die Wortfolge "im Einverständnis mit dem Gemeindegremium" gestrichen.

2. In § 2 werden die Wortfolgen "vom Provinzgouverneur" und "Dieser benachrichtigt" durch die Wortfolgen "von der Regierung" und "Diese benachrichtigt" ersetzt und die Wortfolge "im Einverständnis mit dem Gemeindegremium" gestrichen.

3. § 3 wird aufgehoben.

Art. 37 - In Artikel L4143-3 § 2 Absatz 2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "der Gouverneur" durch die Wortfolge "die Regierung oder die von ihr beauftragte Person" ersetzt.

Art. 38 - In Artikel L4145-16 § 3 Absatz 1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "dem Provinzgouverneur" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 39 - Artikel L4146-1 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 1. Juni 2006 und vom 18. April 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "dem Generaldirektor der Provinz" durch die Wortfolge "dem Greffier des Parlaments" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "der Provinzialrat" durch die Wortfolge "das Parlament" und das Wort "er" durch das Wort "es" ersetzt.

Art. 40 - In Artikel L4146-2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "dem Provinzgouverneur" durch die Wortfolge "der Regierung" und das Wort "der" durch das Wort "die" ersetzt.

Art. 41 - In Artikel L4146-3 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, werden die Wortfolgen "der Provinzgouverneur" und "das Provinzkollegium, dem" durch die Wortfolgen "die Regierung" und "die Regierung, der" ersetzt.

Art. 42 - Artikel L4146-5 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. Vor Absatz 1 wird folgender Absatz eingefügt: "Es wird eine Beschwerdekommision bestehend aus fünf Personen, die vom Parlament auf Vorschlag der Regierung ernannt werden, eingerichtet."

2. In den neuen Absätzen 2 und 3 werden die Wortfolgen "das Provinzkollegium" und "vom Provinzkollegium" durch die Wortfolgen "die Beschwerdekommision" und "von der Beschwerdekommision" ersetzt.

Art. 43 - In Artikel L4146-6 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "das Provinzkollegium" durch die Wortfolge "die Beschwerdekommision" und das Wort "es" durch das Wort "sie" ersetzt.

Art. 44 - Artikel L4146-8 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 1. Juni 2006 und vom 18. April 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

«Sie werden bei der Beschwerdekommision gegen Empfangsbestätigung abgegeben oder per Einschreiben an sie gerichtet.»

2. Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 45 - Artikel L4146-9 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In dem einzigen Absatz wird die Wortfolge "das Provinzkollegium" durch die Wortfolge "die Beschwerdekommision", das Wort "es" durch das Wort "sie" sowie das Wort "ihm" durch das Wort "ihr" ersetzt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

«Die Regierung legt die weiteren Verfahrensmodalitäten fest, insbesondere in Bezug auf die Einleitung und Führung der kontradiktorischen Untersuchung, die Vorladung und Anhörung von Personen sowie die Anforderung von Unterlagen und Auskünften bei Behörden und Verwaltungen.»

Art. 46 - In Artikel L4146-10 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "des Provinzkollegiums" durch die Wortfolge "der Beschwerdekommision" ersetzt.

Art. 47 - In Artikel L4146-12 § 1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "das Provinzkollegium" durch die Wortfolge "die Beschwerdekommision" ersetzt.

Art. 48 - In Artikel L4146-13 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 1. Juni 2006 und vom 18. April 2013, wird die Wortfolge "Der Provinzgreffier notifiziert den Beschluss des Provinzkollegiums" durch die Wortfolge "Die Beschwerdekommision notifiziert ihren Beschluss" ersetzt.

Art. 49 - Artikel L4146-14 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "des Provinzkollegiums" durch die Wortfolge "der Beschwerdekommision" ersetzt.

2. In § 2 werden die Wortfolge "das Provinzkollegium" und das Wort "es" durch die Wortfolge "die Beschwerdekommision" und das Wort "sie" ersetzt.

3. In § 3 wird die Wortfolge "das Provinzkollegium" durch die Wortfolge "die Beschwerdekommision" ersetzt.

Art. 50 - In Artikel L4146-15 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 1. Juni 2006 und vom 18. April 2013, werden die Wortfolgen "des Provinzkollegiums" und "dem Provinzgouverneur" durch die Wortfolge "der Beschwerdekommision" ersetzt.

Art. 51 - Artikel L4146-23 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird nach dem Wort "Stimmzettel" die Wortfolge "und Abstimmungsregister" eingefügt.

2. Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.

Art. 52 - Artikel L4146-29 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "beim Provinzialrat" durch die Wortfolge "bei der Beschwerdekommision" ersetzt.

2. § 4 wird aufgehoben.

KAPITEL 4 — AUTOMATISIERTES WAHLSYSTEM

Art. 53 - Artikel L4211-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "automatisiertes Wahlsystem" durch die Wortfolge "elektronisches Wahlsystem mit Papierbescheinigung, hiernach automatisiertes Wahlsystem genannt," ersetzt.

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 54 - Artikel L4211-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

«Ein automatisiertes Wahlsystem umfasst pro Wahlbüro:

1. eine elektronische Urne mit einem Scanner,

2. mehrere Wahlcomputer, die jeweils mit einem Berührungsbildschirm, einem Drucker für die Stimmzettel und einem Chipkartenleser ausgestattet sind,

3. einen Computer für den Vorsitzenden mit einer Einheit zur Initialisierung der Chipkarten und einem Drucker,

4. einen Barcodeleser für die Visualisierung des Inhalts des Barcodes durch den Wähler,

5. Chipkarten.»

2. In § 1 werden zwischen die Absätze 1 und 2 folgende Absätze eingefügt: "In jedem Wahlbüro befindet sich in mindestens einer Wahlkabine neben einem Wahlcomputer auch ein Barcodeleser für die Visualisierung des Inhalts des Barcodes durch den Wähler.

Jedes Wahlbüro verfügt über einen Wartebereich, der mindestens einen Meter von der Urne entfernt ist."

3. In § 2 Absatz 1 wird zwischen die Wörter "Stimmgeheimnis" und "gewährleisten" die Wortfolge "sowie das Wahlgeheimnis" eingefügt.

Art. 55 - Artikel L4211-3 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird das Wort "Region" durch das Wort "Gemeinschaft" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 4 wird das Wort "Region" durch das Wort "Gemeinschaft" und die Wortfolge "zwanzig Prozent dieser Kosten" durch die Wortfolge "50 Prozent der von den Gemeinden tatsächlich zu tragenden Investitionskosten" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 1 wird das Wort "Region" durch das Wort "Gemeinschaft" ersetzt.

4. In § 4 Absatz 1 wird die Wortfolge "individuelle Magnetkarten" durch die Wortfolge "Chipkarten, spezifisches Wahlpapier, das für den Ausdruck der Stimmzettel notwendig ist," ersetzt.

5. § 4 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

«Die Chipkarten, das Wahlpapier aus den Druckern oder das nicht verwendete Wahlpapier werden mit Angabe ihrer Herkunft in den Räumen der Gemeindeverwaltung aufbewahrt. In der Urne vorgefundene Stimmzettel, aufgrund von Artikel L4221-5.1 § 2 zurückgenommene Stimmzettel, Stimmzettel, die vor Öffnung des Wahlbüros vom Vorsitzenden oder von den Mitgliedern des Wahlvorstandes zu Testzwecken erstellt wurden, und benutzte Datenträger werden mit Angabe ihrer Herkunft so lange bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz oder des Friedensgerichts aufbewahrt, bis die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist.»

Art. 56 - Artikel L4211-6 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt abgeändert:

- Die Angabe ", Gemeinde-" wird gestrichen und die Wortfolge "der Wallonische Regionalrat und der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft" wird durch die Wortfolge "die Parlamente der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

- Nach dem ersten Absatz wird folgender Absatz eingefügt: "Bei der Wahl der Gemeinderäte kann das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft jeweils einen ordentlichen und einen stellvertretenden Sachverständigen bestimmen."

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "der Wallonischen Region" durch die Wortfolge "der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

3. In § 3 wird nach der Wortfolge "dem wallonischen Parlament" die Wortfolge "bzw. der Regierung und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft" eingefügt.

Art. 57 - In Artikel L4221-1 desselben Kodex wird das Wort "Wahlapparat" durch das Wort "Wahlcomputer" ersetzt.

Art. 58 - Artikel L4221-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "Magnetkarte, die zuvor vom Vorsitzenden oder Beisitzer anhand der elektronischen Urne funktionstüchtig gemacht worden ist" durch die Wortfolge "Chipkarte, die zuvor vom Vorsitzenden oder Beisitzer initialisiert worden ist und mit der der Wähler pro Wahl, zu der er aufgefordert worden ist, einmal seine Stimme abgeben kann" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Magnetkarte in den dafür vorgesehenen Schlitz des an den Wahlapparat angeschlossenen Kartenlesers ein" durch die Wortfolge "Chipkarte in den dafür vorgesehenen Kartenleser des in der Wahlkabine installierten Wahlcomputers ein" ersetzt.

3. In § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "Anhand des Lichtstiftes" durch die Wortfolge "Indem er auf den Berührungsbildschirm drückt," ersetzt.

4. In § 3 Absatz 4 wird die Wortfolge "mit dem Lichtstift" durch die Wortfolge "auf dem Berührungsbildschirm" ersetzt.

Art. 59 - Artikel L4221-3 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

«Art. L4221-3 - § 1 - Nachdem der Wähler für alle Wahlen seine Stimme abgegeben hat, wird ein Stimmzettel ausgedruckt und dem Wähler zur Verfügung gestellt.

§ 2 - In ein und demselben Wahlkreis müssen die Abmessungen des ausgedruckten Stimmzettels ungeachtet der Stimmabgabe des Wählers vollkommen gleich sein.

Die Regierung legt diese Abmessungen für jeden Wahlkreis fest. Sie legt auch die auf dem Stimmzettel gedruckten Angaben fest.

§ 3 - Der ausgedruckte Stimmzettel umfasst zwei Teile:

1. einen Teil, auf dem die Stimmabgabe des Wählers als zweidimensionaler Barcode vermerkt ist,
2. einen Teil, auf dem die Stimmabgabe des Wählers gegebenenfalls für jede Wahl in schriftlicher Form vermerkt ist. Der Teil mit dem schriftlichen Vermerk ist nur für Kontroll- und Auditzwecke bestimmt.

§ 4 - Dann faltet der Wähler seinen Stimmzettel gleichmäßig und sorgfältig in der Mitte mit der bedruckten Seite nach innen, um das Wahlgeheimnis zu wahren.

Der Vorstand achtet auf die Wahrung des Wahlgeheimnisses.

§ 5 - Der Wähler nimmt die Chipkarte aus dem dafür vorgesehenen Kartenleser heraus. Weder auf dem Wahlcomputer noch auf der Chipkarte werden Daten in Bezug auf die Stimmabgabe bewahrt.»

Art. 60 - Artikel L4221-4 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

«Art. L4221-4 - Der Wähler hat die Möglichkeit, anhand eines spezifischen Lesegeräts, das ihm zur Verfügung steht, den in Artikel L4221-3 § 3 Nummer 1 erwähnten Barcode auf einem Bildschirm zu visualisieren. Somit sieht er, ob der Inhalt dieses Barcodes der Stimmabgabe entspricht, die er für jede Wahl auf dem Bildschirm gemacht hat und die in schriftlicher Form auf dem Stimmzettel vermerkt ist.

Die Visualisierung erfolgt in der Reihenfolge, in der die Stimmen abgegeben worden sind. Bei dieser Visualisierung kann der Wähler seine Stimmabgabe nicht mehr ändern.»

Art. 61 - In denselben Kodex wird folgender Artikel L4221-5.1 eingefügt:

«Art. L4221-5.1 - § 1 - Nachdem der Wähler seine Stimme abgegeben hat, verlässt er die Wahlkabine und begibt sich mit seinem Stimmzettel, der noch immer wie in Artikel L4221-3 § 4 Absatz 1 erwähnt in der Mitte gefaltet ist, zur Urne.

Befindet sich bereits ein anderer Wähler vor der Urne, um dort seinen Stimmzettel einzuspeichern, muss der Wähler in dem in Artikel L4211-2 § 1 Absatz 3 erwähnten Wartebereich warten.

Anschließend händigt der Wähler dem Vorstandsvorsitzenden oder dem vom Vorsitzenden bestimmten Beisitzer die Chipkarte aus, scannt den Barcode seines Stimmzettels und steckt den Stimmzettel dann in die Urne.

§ 2 - Der Stimmzettel wird für ungültig erklärt:

1. wenn der Wähler seinen Stimmzettel beim Verlassen der Wahlkabine so auffaltet, dass zu erkennen ist, wie er gewählt hat. Dies gilt auch, wenn der Wähler außen auf seinem Stimmzettel Markierungen oder Eintragungen angebracht hat,
2. wenn der Wähler infolge einer falschen Handhabung oder eines anderen ungewollten Fehlverhaltens den ihm ausgehändigten Stimmzettel beschädigt hat,
3. wenn aus irgendeinem technischen Grund das Ausdrucken des Stimmzettels sich ganz oder zum Teil als unmöglich erweist,
4. wenn der Wähler bei einer Visualisierung des Inhalts des Barcodes auf dem Bildschirm gemäß Artikel L4221-4 feststellt, dass es einen Unterschied zwischen dieser Visualisierung auf dem Bildschirm und dem Vermerk der Stimmabgabe so wie auf dem Stimmzettel abgedruckt gibt,
5. wenn der Barcode nicht durch die elektronische Urne gelesen werden kann.

In den in Absatz 1 Nummern 1 und 2 erwähnten Fällen kann die Ungültigkeitserklärung nach einem entsprechenden Beschluss des Vorstands ausgesprochen werden.

In den in den vorhergehenden Absätzen erwähnten Fällen wird der Wähler aufgefordert, seine Stimmabgabe anhand einer neuen Chipkarte zu wiederholen. Auch wenn ein Wähler vor seiner Stimmabgabe die ihm ausgehändigte Chipkarte versehentlich beschädigt hat, erhält er eine neue Chipkarte.

Der Vorsitzende vermerkt auf den in Ausführung von Absatz 1 zurückgenommenen gefalteten Stimmzetteln den Hinweis "Zurückgenommener Stimmzettel" und paraphiert sie.»

Art. 62 - Artikel L4221-6 § 1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

«§ 1 - Nach Abschluss der Wahl sorgt der Vorsitzende des Wahlbürovorstandes dafür, dass keine weiteren Stimmabgaben von der Wahlapparatur registriert werden können. Die Daten in Bezug auf die Stimmabgabe werden immer auf zwei Datenträger gespeichert.

Die Stimmzettel kommen anschließend in einen Umschlag oder einen dafür angepassten Träger, der versiegelt wird. Die Aufschrift dieses Umschlags gibt den Inhalt, das Datum der Wahl, das Wahlbüro und den Wahlkanton an. Der Umschlag wird auf der Rückseite vom Vorsitzenden, von den Vorstandsmitgliedern und von den Zeugen, sofern diese es wünschen, unterzeichnet.

Die Daten in Bezug auf die Stimmabgabe eines Wahlbüros dürfen nicht bekannt gemacht werden.»

Art. 63 - Artikel L4221-7 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

«Art. L4221-7 - Die Datenträger kommen in einen Umschlag, dessen Aufschrift den Inhalt, das Datum der Wahl, das Wahlbüro und den Wahlkanton angibt. Der Umschlag wird versiegelt und auf der Rückseite vom Vorsitzenden, von den Vorstandsmitgliedern und von den Zeugen, sofern diese es wünschen, unterzeichnet.»

Art. 64 - Artikel L4221-8 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird im zweiten Satz die Wortfolge "die nach Ablauf der Wahl von der Urne angezeigt wird, die Anzahl für ungültig erklärter Magnetkarten, worunter diejenigen, für die die Stimmabgabe aufgrund von Artikel L4221-3 Absatz 2 und 3 für ungültig erklärt wurde, und die Anzahl nicht verwendeter Magnetkarten angegeben" durch die Wortfolge "die Anzahl anwesender Wähler und die Anzahl Stimmzettel, die aufgrund von Artikel L4221-5.1 § 2 zurückgenommen wurden, angegeben" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird im zweiten Satz die Wortfolge "Für ungültig erklärte Magnetkarten und Magnetkarten, für die die Stimmabgabe für ungültig erklärt worden ist, einerseits, und Magnetkarten, die für die vor Öffnung des Wahlbüros für die Wähler vom Vorsitzenden oder von den Mitgliedern des Wahlvorstandes vorgenommenen Teststimmabgaben verwendet wurden, andererseits" durch die Wortfolge "Aufgrund von Artikel L4221-5.1 § 2 zurückgenommene Stimmzettel einerseits und in Artikel L4231-2 Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Stimmzettel, die vor Öffnung des Wahlbüros für die Wähler vom Vorsitzenden oder von den Mitgliedern des Wahlvorstandes zu Testzwecken erstellt wurden, andererseits" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "Nicht verwendete Magnetkarten" durch die Wortfolge "Die Chipkarten und das Wahlpapier, das sich noch in den Wahldruckern befindet oder nicht verwendet wurde," ersetzt.

Art. 65 - In Artikel L4221-9 Absatz 1 desselben Kodex wird die Wortfolge "Unmittelbar nach der Wahl werden die versiegelten Urnen einem vom Gemeindegremium der Gemeinde bestimmten Verantwortlichen übergeben. Das Protokoll, die beigefügten Umschläge" durch die Wortfolge "Das Protokoll, die beigefügten Umschläge, den Umschlag mit den in der Urne vorgefundenen Stimmzetteln" ersetzt.

Art. 66 - Artikel L4231-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. Vor dem einzigen Absatz wird folgender Absatz 1 eingefügt:

«In Wahlbüros mit automatisiertem Wahlsystem werden vor Öffnung des Wahlbüros für die Wähler folgende Vorrichtungen vorgenommen:

1. Der Vorsitzende überprüft, ob der Kasten der Urne, der für die Aufnahme der durch die Wahlcomputer ausgedruckten Stimmzettel bestimmt ist, leer ist, und er versiegelt die Urne.

2. Der Vorsitzende überprüft, ob der Zähler der Anzahl registrierter Stimmabgaben auf Null steht.

3. Der Vorsitzende oder die Vorstandsmitglieder nehmen auf jedem Wahlcomputer eine Teststimmabgabe vor, um zu überprüfen, ob der Wahlcomputer korrekt funktioniert. Die ausgedruckten Stimmzettel mit den Teststimmabgaben werden nur mit dem in Artikel L4211-2 § 1 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Barcodeleser gelesen, der sich in einer der Wahlkabinen befindet; sie werden weder anhand der elektronischen Urne gescannt noch in diese Urne gesteckt. Diese Teststimmabgaben kommen in den dafür vorgesehenen Umschlag.»

2. In dem ehemaligen einzigen Absatz, der zu Absatz 2 wird, wird der Satz "In Wahlbüros mit automatisiertem Wahlsystem überprüft der Vorsitzende vor Öffnung des Wahlbüros, ob der für die Aufnahme der Magnetkarten bestimmte Kasten der Urne leer ist, und er plombiert den Öffnungsmechanismus der Urne." aufgehoben.

Art. 67 - Artikel L4241-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "auf Magnetträger" durch die Wortfolge "digital" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird zwischen den ersten und den zweiten Satz folgender Satz eingefügt:

«Dieser überprüft die Übereinstimmung dieser Unterlagen mit dem Protokoll über den endgültigen Abschluss der Kandidatenlisten.»

Art. 68 - Artikel L4251-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "des Originaldatenträgers" durch die Wortfolge "eines der Datenträger" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "des Originals" aufgehoben und die Wortfolge "der Kopie dieses Datenträgers" durch die Wortfolge "des zweiten Datenträgers" ersetzt.

3. Absatz 3 wird durch folgende Absätze ersetzt:

«Wenn auch dieser Vorgang sich als unmöglich erweist, fordert der Vorsitzende des Hauptwahlvorstandes von der betreffenden Gemeinde die Bereitstellung einer elektronischen Urne und eines für den Vorsitzenden bestimmten Computers wie in Artikel L4211-2 erwähnt an; er nimmt anhand des Lesegeräts der Urne eine komplette Einspeicherung der Barcodes vor, die sich auf den Stimmzetteln in dem in Artikel L4221-6 § 1 Absatz 2 erwähnten Umschlag befinden.

Nach Beendigung der Einspeicherung des Wahlbüros steckt der Vorsitzende die Stimmzettel wieder in den in Artikel L4221-6 § 1 Absatz 2 erwähnten Umschlag und versiegelt ihn erneut. Anschließend speichert er den so angefertigten neuen Datenträger ein.»

Art. 69 - In Artikel L4251-3 desselben Kodex wird zwischen die Wörter "eingespeichert" und "worden" die Wortfolge "und totalisiert" eingefügt.

Art. 70 - Artikel L4251-4 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 2, abgeändert durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Wortfolge "dem Provinzgouverneur" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

2. § 1 Absatz 3 wird aufgehoben.

3. § 3 wird durch folgende § 3, 4 und 5 ersetzt:

«§ 3 - Sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist, werden die in den Urnen vorgefundenen Stimmzettel, die bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz oder des Friedensgerichts aufbewahrt werden, vernichtet.

§ 4 - Sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist, werden die zurückgenommenen Stimmzettel und die zu Testzwecken erstellten Stimmzettel, die bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz oder des Friedensgerichts aufbewahrt werden, vernichtet.

§ 5 - Sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist, wird das Wahlpapier aus den Druckern von einem Beamten der Gemeindeverwaltung, in der dieses Papier aufbewahrt wird, vernichtet. Über diese Vernichtung wird ein Protokoll erstellt.»

Art. 71 - In Artikel L4261-1 desselben Kodex wird die Wortfolge "Die Fälschung der Datenträger und der Magnetkarten wird wie die" durch die Wortfolge "Die Nachahmung von Datenträgern, Stimmzetteln und Chipkarten wird als" ersetzt.

Art. 72 - In Artikel L4261-2 desselben Kodex wird die Wortfolge "und der Datenträger und Magnetkarten" durch die Wortfolge "und von Datenträgern, Chipkarten und Stimmzetteln" ersetzt.

KAPITEL 5 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 73 - In der Überschrift von Teil V desselben Kodex, eingefügt durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 20. Dezember 2007, wird die Wortfolge "der Angabe der Mandate und" gestrichen.

Art. 74 - Artikel L5111-1 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 19. Juni 2008, sowie die Artikel L5211-1 bis L5211-2 und L5411-1 bis L5511-1 desselben Kodex, eingefügt durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 20. Dezember 2007, werden aufgehoben.

Art. 75 - Die Artikel 73-74 dieses Dekrets treten mit Wirkung vom 1. Juni 2016 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird. Eupen, den 22. November 2016

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

Frau I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2016-2017

Nummerierte Dokumente: 132 (2015-2016), Nr. 1 Dekretentwurf.

132 (2016-2017), Nrn. 2-8 Abänderungsvorschläge.

132 (2016-2017), Nr. 9 Bericht + Erratum.

132 (2016-2017), Nrn. 10-12 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht: 21. November 2016 - Nr. 32 Diskussion und Abstimmung.

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2016/206175]

21 NOVEMBRE 2016. — Décret portant modification du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, notamment en ce qui concerne les élections au conseil communal

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — MODIFICATIONS DIVERSES

Article 1^{er}. A l'article L1123-1, § 2, alinéa 3, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, les mots "l'identité du bourgmestre, des échevins ainsi que celle du président du conseil de l'action sociale pressenti" sont remplacés par les mots "l'identité du bourgmestre proposé, des échevins ainsi que celle du président supposé du conseil de l'action sociale pressenti".

Art. 2. L'article L1123-4 du même décret, modifié par le décret du 26 avril 2012, est abrogé.

Art. 3. A l'article L1125-1 du même code, modifié par les décrets des 8 décembre 2005, 1^{er} juin 2006 et 18 avril 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un 13° rédigé comme suit :

« 13° les membres du Gouvernement de la Communauté germanophone. »;

2° à l'alinéa 2, les mots "à 11°" sont remplacés par les mots "à 13°".

Art. 4. L'article L1222-3 du même code, modifié par le décret du 2 mars 2015, est remplacé par ce qui suit :

« Art. L1222-3. Le conseil communal choisit le mode de passation des marchés publics et des concessions de travaux et de services et en fixe les conditions.

En cas d'urgence impérieuse résultant d'événements imprévisibles, le collège communal peut d'initiative exercer les compétences du conseil communal visées à l'alinéa 1^{er}. Sa décision est communiquée au conseil communal qui en prend acte lors de sa prochaine séance.

Le conseil communal peut déléguer au collège communal ses compétences visées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 5. L'article L1222-4 du même code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L1222-4. Le collège communal engage la procédure, attribue le marché public ou la concession de travaux ou de services et en assure l'exécution.

Dans les cas où la négociation est permise avec les soumissionnaires, le collège communal peut modifier les conditions du marché ou de la concession, avant l'attribution. Sauf en cas d'application de l'article L1222-3, alinéa 3, il en informe le conseil communal lors de sa prochaine séance.

Le collège communal peut apporter au marché public ou à la concession de travaux ou de services toute modification en cours d'exécution. »

Art. 6. A l'article L1523-15 du même code les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 3, modifié par le décret du 26 avril 2012, et le § 4 sont abrogés;

2° le § 5 est remplacé par ce qui suit :

« § 5. Les statuts de chaque intercommunale déterminent le nombre de ses administrateurs. Ce nombre ne peut pas être inférieur à trois. Chaque commune associée détache au moins un représentant et au plus trois au conseil d'administration. Si une commune détache plus d'un représentant auprès du conseil d'administration, l'un d'eux au moins appartient à l'opposition au sein du conseil communal. »

Art. 7. A l'article L4121-1, § 2, alinéas 1^{er} et 2, du même code, remplacés par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "une commune wallonne" sont remplacés par les mots "une commune de la région de langue allemande".

Art. 8. L'article L4122-2, § 4, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, est abrogé.

Art. 9. A l'article L4122-12 du même code, modifié par les décrets des 1^{er} juin 2006 et 18 avril 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots "Le fonctionnaire" sont remplacés par les mots "Le membre du personnel communal";

2° dans l'alinéa 3, les mots "Le fonctionnaire" sont remplacés par les mots "Le membre du personnel communal";

3° dans l'alinéa 4, les mots "Le fonctionnaire" sont remplacés par les mots "Le membre du personnel communal".

Art. 10. L'article L4132-1 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4. Le mandataire peut choisir quand il présentera au président du bureau de vote compétent pour le mandant la procuration, l'un des certificats visés au § 1^{er} ainsi que sa carte d'identité et sa propre convocation. Le président y appose la mention "a voté par procuration". »

Art. 11. A l'article L4133-1 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, la date du "31 juillet" est remplacée par la date du "10 septembre";

2° le § 3 est abrogé.

Art. 12. Dans l'article L4133-2, § 1^{er}, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "le quinzième jour" sont remplacés par les mots "le jour".

Art. 13. L'article L4134-4 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, est complété par l'alinéa rédigé comme suit :

« Tout témoin dépose une déclaration aux termes de laquelle il s'engage à ne pas aller au-delà de sa mission. Le président en prend acte dans le procès-verbal. »

Art. 14. A l'article L4141-1, § 1^{er}, alinéa 2, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, le mot "wallons" est abrogé.

Art. 15. L'article L4142-1, § 2, du même code, modifié par le décret du 1^{er} juin 2006, l'arrêté du 20 décembre 2007 et le décret du 18 avril 2013, est complété par un 11° rédigé comme suit :

« 11° les membres du Gouvernement de la Communauté germanophone. »

Art. 16. A l'article L4142-7, alinéa 1^{er}, du même code, modifié par les décrets des 1^{er} juin 2006 et 21 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° une liste ne peut être composée pour plus de la moitié de candidats du même sexe; ».

2° il est inséré un 3° rédigé comme suit :

« 3° les deux premiers candidats d'une liste ne sont pas du même sexe. »

Art. 17. L'article L4142-33 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les numéros des listes sont d'abord attribués aux listes complètes. Les candidats isolés sont considérés comme constituant une liste incomplète. »

Art. 18. L'article L4142-46 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Il est interdit de se porter candidat sur plus d'une liste. Ne peut demander la protection d'un sigle ou d'un logo quiconque est en même temps candidat sur une liste portant un autre sigle ou logo protégé.

Le candidat qui contrevient à l'interdiction visée à l'alinéa 2 est passible d'une peine d'emprisonnement de 8 à 15 jours ou d'une amende de 26 à 200 euros. En outre, sa candidature est supprimée de toutes les listes. »

Art. 19. A l'article L4145-6, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "successivement par 2, 3, 4, 5" sont remplacés par les mots "successivement par 1, 2, 3, 4, 5".

Art. 20. A l'article L4145-12 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le § 1^{er}, alinéa 2, est abrogé;

2^o le § 2, 1^o, est abrogé;

3^o dans le § 2, 2^o, qui devient le 1^o, les mots "ce produit" sont remplacés par les mots "le chiffre électoral de la liste".

CHAPITRE 2. — LA COMMISSION DE CONTROLE ET LE CONTROLE DES DEPENSES ELECTORALES

Art. 21. L'article L4112-13 du même code, modifié par les décrets des 1^{er} juin 2006 et 21 juin 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4112-13. Commission de contrôle

On désigne par "commission de contrôle" la commission de contrôle créée par l'article 2 du décret du 7 avril 2003 visant le contrôle des dépenses électorales engagées pour l'élection du Conseil ainsi que des communications des autorités publiques de la Communauté germanophone, et qui se voit chargée du contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections des membres des conseils communaux, en ce compris l'origine des fonds.

Un membre de la commission de contrôle ne peut siéger lorsque celle-ci traite d'une réclamation prévue à l'article L4146-25 qui le met personnellement et directement en cause, dont il est à l'origine ou lorsqu'elle traite d'une réclamation visant un ou plusieurs candidats issus de la même commune que le membre.

Dans l'exercice de ses missions relatives au contrôle des dépenses électorales pour l'élection des conseils communaux, la commission de contrôle est soutenue par un collège constitué de deux experts juridiques. Ceux-ci sont désignés par le Parlement au plus tard dans le cadre de la dernière séance précédant les élections communales. Leur mission s'achève avec la conclusion définitive du contrôle mené par la commission de contrôle.

Ces deux experts appartiennent à l'une des catégories suivantes :

- magistrat, magistrat honoraire ou magistrat émérite de l'ordre judiciaire;
- professeur ordinaire, professeur extraordinaire, professeur émérite, professeur, professeur associé ou chargé de cours d'une université ou haute école belge ayant une expérience en matière de droit administratif ou public;
- porteur d'un diplôme d'enseignement supérieur de type long en sciences juridiques ayant une expérience en matière de droit administratif ou public.

Pour chaque expert effectif, le Parlement désigne un expert suppléant qui appartient à l'une des catégories énumérées à l'alinéa 4.

Chaque expert ainsi désigné exerce sa mission de manière indépendante. Cette mission consiste à assister les membres du comité. L'expert n'a pas voix délibérative.

En cas de conflit d'intérêt quant à l'une ou l'autre réclamation prévue à l'article L4146-25, l'expert est immédiatement remplacé par l'un des suppléants. »

Art. 22. A l'article 4131-4, § 2, alinéa 3, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1^o les mots "à la Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "à la commission de contrôle";

2^o (Concerne le texte allemand.)

Art. 23. A l'article L4131-6, § 2, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "la Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "la commission de contrôle".

Art. 24. A l'article L4146-25 du même code, modifié par les décrets des 21 juin 2012 et 18 avril 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, les mots "auprès de la Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "auprès de la commission de contrôle";

2^o dans le § 2, les mots "de la Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "de la commission de contrôle";

3^o dans le § 4, alinéa 2, les mots "La Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "La commission de contrôle";

4^o dans la phrase introductive du § 7, les mots "la Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "la commission de contrôle";

5^o (Concerne le texte allemand.)

6^o (Concerne le texte allemand.)

7^o dans le § 7, 4^o, les mots "de la Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "de la commission de contrôle";

8^o dans le § 7, 5^o, les mots "la Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "la commission de contrôle";

9^o dans le § 7, 6^o et 7^o, les mots "la Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "la commission de contrôle";

10^o dans § 7, 8^o, les mots "de la Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "de la commission de contrôle".

Art. 25. A l'article L4146-26 du même code, remplacé par le décret du 21 juin 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots "La Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "La commission de contrôle";

2° dans § 2, les mots "La Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "La commission de contrôle".

Art. 26. A l'article L4146-27 du même code, modifié par les décrets des 1^{er} juin 2006, 21 juin 2012 et 18 avril 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er} et le § 2, alinéas 1^{er} et 3, les mots "de la Commission régionale de contrôle" et "par la Commission régionale de contrôle" sont respectivement remplacés par les mots "de ma commission de contrôle" et "par la commission de contrôle";

2° dans le § 3, les mots "à la Commission régionale de contrôle" sont remplacés par les mots "à la commission de contrôle".

Art. 27. Dans l'article L4146-28 du même code, remplacé par le décret du 21 juin 2012, les mots "de la Commission régionale de contrôle" sont chaque fois remplacés par les mots "de la commission de contrôle".

CHAPITRE 3. — AUTORITES COMPETENTES

Art. 28. A l'article L4122-3 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Un exemplaire du registre des électeurs est transmis sans délai au Gouvernement ou à la personne mandatée par lui. »;

2° dans le § 3, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement ou la personne désignée par lui procède aux vérifications nécessaires et, dans le mois de sa réception, renvoie au collège communal le registre des électeurs qui le concerne portant les remarques et modifications à effectuer. »

Art. 29. A l'article L4122-7, § 2, alinéa 2, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "le gouverneur de province" sont remplacés par les mots "le Gouvernement".

Art. 30. A l'article L4122-32, § 2, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "au gouverneur de la province ou au fonctionnaire que celui-ci désigne" sont remplacés par les mots "au Gouvernement ou à la personne mandatée par lui".

Art. 31. A l'article L4122-35, alinéa 4, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "le gouverneur" sont remplacés par les mots "le Gouvernement".

Art. 32. A l'article L4123-1 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots "le gouverneur" sont remplacés par les mots "le Gouvernement";

2° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2. Le 10 septembre au plus tard, le Gouvernement ou la personne mandatée par lui répartit les électeurs par canton électoral en sections et détermine l'ordre des sections dans chaque canton, en commençant par le chef-lieu.

Il/Elle assigne à chaque section un local de vote distinct. Si le nombre de sections l'exige, il/elle peut en convoquer plusieurs dans les locaux d'un seul et même bâtiment. »

Art. 33. A l'article L4123-2 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, les mots "au gouverneur de la province ou au fonctionnaire qu'il désigne" sont remplacés par les mots "au Gouvernement ou à la personne mandatée par lui";

2° dans le § 3, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 3. Dès réception, le Gouvernement ou la personne désignée par lui transmet au président du bureau communal, contre récépissé ou par lettre recommandée à la poste, deux copies estampillées de tous les registres de scrutin de sa commune. »;

3° dans le § 4, les mots "le gouverneur de province" sont remplacés par les mots "le Gouvernement".

Art. 34. A l'article L4124-1, § 4, alinéa 1^{er}, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "Le gouverneur ou le fonctionnaire qu'il délègue" sont remplacés par les mots "Le Gouvernement ou la personne mandatée par lui".

Art. 35. Dans l'article L4125-9 du même Code, modifié par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "par le gouverneur" sont remplacés par les mots "par le Gouvernement" et les mots "dûment estampillées par le gouverneur de province" par les mots "approuvées par le Gouvernement ou la personne qu'il a déléguée".

Art. 36. A l'article L4125-13 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots "le gouverneur de province" sont remplacés par les mots "le Gouvernement" et les mots ", d'accord avec le collège communal," sont abrogés;

2° dans le § 2, les mots "par le gouverneur de province" sont remplacés par les mots "par le Gouvernement" et les mots ", d'accord avec le collège communal," sont abrogés;

3° le § 3 est abrogé.

Art. 37. A l'article L4143-3, § 2, alinéa 2, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "le gouverneur" sont remplacés par les mots "le Gouvernement ou la personne mandatée par lui".

Art. 38. A l'article L4145-16, § 3, alinéa 1^{er}, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "au gouverneur de province" sont remplacés par les mots "au Gouvernement".

Art. 39. A l'article L4146-1 du même code, modifié par les décrets des 1^{er} juin 2006 et 18 avril 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° à l'alinéa 1^{er}, les mots "au directeur général de la province" sont remplacés par les mots "au greffier du Parlement";

2° à l'alinéa 2, les mots "Le conseil provincial" sont remplacés par les mots "Le Parlement".

Art. 40. Dans l'article L4146-2 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "au gouverneur de la province" sont remplacés par les mots "au Gouvernement".

Art. 41. A l'article L4146-3 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "le gouverneur de la province" et "le collège provincial" sont remplacés par les mots "le Gouvernement".

Art. 42. A l'article L4146-5 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° un alinéa rédigé comme suit est inséré avant l'alinéa 1^{er} :

« Il est institué une commission de réclamation composée de cinq personnes nommées par le Parlement sur la proposition du Gouvernement. »

2° dans les nouveaux alinéas 2 et 3, les mots "Le collège provincial" et "par le collège provincial" sont respectivement remplacés par les mots "La commission de réclamation" et "par la commission de réclamation".

Art. 43. A l'article L4146-6 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "le collège provincial" sont remplacés par les mots "la commission de réclamation" et le mot "il" par le mot "elle".

Art. 44. A l'article L4146-8 du même code, modifié par les décrets des 1^{er} juin 2006 et 18 avril 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, alinéa 2, est remplacé par ce qui suit :

« Elle est remise à la commission de réclamation contre récépissé ou lui est adressée sous pli recommandé. »;

2° l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 45. A l'article L4146-9 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa unique, les mots "Lorsqu'il", "le collège provincial" et "qu'il ait été ou non saisi" sont respectivement remplacés par "Lorsqu'elle", "la commission de réclamation" et "qu'elle ait été ou non saisie".

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement fixe les autres modalités procédurales, notamment en ce qui concerne l'entame et la conduite de l'enquête contradictoire, la citation à comparaître et l'audition de personnes ainsi que l'invitation adressée aux autorités et administrations de fournir documents et renseignements. »

Art. 46. A l'article L4146-10 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "du collège provincial" sont remplacés par les mots "de la commission de réclamation".

Art. 47. A l'article L4146-12, § 1^{er}, du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "Le collège provincial" sont remplacés par les mots "La commission de réclamation".

Art. 48. A l'article L4146-13 du même code, modifié par les décrets des 1^{er} juin 2006 et 18 avril 2013, les mots "du directeur général" sont remplacés par les mots "de la commission de réclamation".

Art. 49. A l'article L4146-14 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots "du collège provincial" sont remplacés par les mots "de la commission de réclamation";

2° dans le § 2, les mots "le collège provincial" sont remplacés par les mots "la commission de réclamation";

3° dans le § 3, les mots "le collège provincial" sont remplacés par les mots "la commission de réclamation".

Art. 50. Dans l'article L4146-15 du même code, modifié par les décrets des 1^{er} juin 2006 et 18 avril 2013, les mots "du collège provincial" et "au gouverneur" sont remplacés respectivement par les mots "du Gouvernement" et "à la commission de réclamation".

Art. 51. A l'article L4146-23 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots "et les registres de scrutin" sont insérés entre les mots "ou non," et les mots "sont détruits";

2° les alinéas 2 et 3 sont abrogés.

Art. 52. A l'article L4146-29 du même code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots "auprès du collège provincial" sont remplacés par les mots "auprès de la commission de réclamation";

2° le § 4 est abrogé.

CHAPITRE 4. — SYSTEME DE VOTE AUTOMATISE

Art. 53. A l'article L4211-1 du même code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "système de vote automatisé" sont remplacés par les mots "système de vote électronique avec attestation papier, ci-après dénommé système de vote automatisé";

2° l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 54. A l'article L4211-2 du même code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, est remplacé par ce qui suit :

« Un système de vote automatisé comprend, par bureau de vote :

1. une urne électronique avec un scanner;
2. plusieurs ordinateurs de vote équipés chacun d'un écran tactile, d'une imprimante de bulletins et d'un lecteur de carte à puce;
3. un ordinateur pour le président, avec une unité pour initialiser les cartes à puce et une imprimante;
4. un lecteur de code-barres pour la visualisation du contenu du code-barres par l'électeur;
5. des cartes à puce. »

2° dans le § 1^{er}, les alinéas rédigés comme suit sont insérés entre les alinéas 1^{er} et 2 : "Dans chaque bureau de vote au moins, un des isolements équipé d'un ordinateur de vote dispose également d'un lecteur de code-barres pour la visualisation du contenu du code-barres par l'électeur.

Chaque bureau de vote comporte une zone d'attente située à au moins un mètre de l'urne."

3° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est complété par les mots "et celui des élections."

Art. 55. A l'article L4211-3 du même code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le mot "Région" est remplacé par le mot "Communauté";

2° dans le § 1^{er}, alinéa 4, le mot "Région" est remplacé par le mot "Communauté" et les mots "vingt pour cent de ceux-ci" sont remplacés par les mots "cinquante pour cent du coût de l'investissement effectivement supporté par les communes";

3° dans le § 2, alinéa 1^{er}, le mot "Région" est remplacé par le mot "Communauté".

4° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots "cartes magnétiques individuelles" sont remplacés par les mots "cartes à puce, le papier électoral spécifique nécessaire pour l'impression des bulletins de vote";

5° dans le § 4, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Les cartes à puce, le papier électoral issu des imprimantes ou le papier électoral non utilisé sont conservés, avec mention de leur origine, dans les locaux de l'administration communale. Les bulletins de vote trouvés dans l'urne, ceux repris en vertu de l'article L4221-5.1, § 2, ceux établis par le président ou par les membres du bureau électoral à des fins de test avant l'ouverture du bureau de vote, ainsi que les supports de mémoire sont conservés, avec mention de leur origine, au greffe du tribunal de première instance ou de la justice de paix, et ce, aussi longtemps que l'élection n'est pas définitivement validée ou annulée. »

Art. 56. A l'article L4211-6 du même code, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 1^{er}, les modifications suivantes sont apportées :

- les mots "et communaux" sont abrogés et les mots "le Conseil régional wallon et le Conseil de la Communauté germanophone" sont remplacés par les mots "les parlements de la Région wallonne et de la Communauté germanophone";

- le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Lors de l'élection des conseils communaux, le Parlement de la Communauté germanophone peut désigner à chaque fois un expert effectif et un expert suppléant. »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "de la Région wallonne" sont remplacés par les mots "de la Communauté germanophone";

3° dans le § 3, les mots ", respectivement au Gouvernement et au Parlement de la Communauté germanophone" sont insérés après les mots "au Parlement wallon".

Art. 57. Dans l'article L4221-1 du même code, les mots "d'une machine à voter" sont remplacés par le mot "d'un ordinateur de vote".

Art. 58. A l'article L4221-2 du même code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots "une carte magnétique que le président ou l'assesseur aura mise préalablement en état de fonctionnement au moyen de l'urne électronique" sont remplacés par les mots "une carte à puce que le président ou l'assesseur aura préalablement initialisée et qui permet de voter une seule fois par élection pour laquelle l'électeur est convoqué";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "la carte magnétique dans la fente prévue à cet effet au lecteur-enregistreur de cartes de la machine à voter" sont remplacés par les mots "la carte dans le lecteur prévu à cet effet, présent dans l'ordinateur de vote installé dans le compartiment-isoloir";

3° dans le § 3, alinéa 2, les mots "au moyen du crayon optique" sont remplacés par les mots "par effleurement sur l'écran tactile";

4° dans le § 3, alinéa 4, les mots "en plaçant le crayon optique" sont remplacés par les mots "sur l'écran tactile".

Art. 59. L'article L4221-3 du même code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4221-3. § 1^{er}. Lorsque l'électeur a voté pour l'ensemble des élections, un bulletin de vote est imprimé et mis à la disposition de celui-ci.

§ 2. Au sein d'une même circonscription électorale, quel que soit le vote de l'électeur, les dimensions du bulletin de vote imprimé doivent être identiques.

Le Gouvernement détermine ces dimensions pour chaque circonscription électorale. Il détermine aussi les mentions imprimées sur le bulletin de vote.

§ 3. Le bulletin de vote imprimé comporte deux parties :

1° une partie indiquant, sous forme d'un code-barres bidimensionnel, le vote émis par l'électeur;

2° une partie indiquant sous forme écrite, pour chaque type d'élection, le vote émis par l'électeur. La partie écrite sert uniquement à des fins de contrôle et d'audit.

§ 4. L'électeur plie ensuite régulièrement et soigneusement son bulletin de vote en deux, face imprimée vers l'intérieur, afin de préserver le secret du vote.

Le bureau veille à ce que le secret du vote soit respecté.

§ 5. L'électeur retire la carte à puce du lecteur prévu à cet effet. Ni l'ordinateur de vote, ni la carte à puce ne conservent des données concernant le vote émis. »

Art. 60. L'article L4221-4 du même code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4221-4. L'électeur a la possibilité de lire sur un écran, au moyen d'un lecteur spécifique mis à sa disposition, le code-barres mentionné à l'article L4221-3, § 3, 1^o. Il voit ainsi si le contenu de ce code-barres correspond au vote qu'il a émis sur l'écran pour chaque élection et qui est repris sous forme écrite sur le bulletin de vote.

La visualisation se fait dans l'ordre selon lequel les votes ont été émis. Lors de cette visualisation, l'électeur ne peut plus modifier son vote. »

Art. 61. Dans le même code, il est inséré un article L4221-5.1 rédigé comme suit :

« Art. L4221-5.1. § 1^{er}. Après qu'il a exprimé son vote, l'électeur sort de l'isoloir et se dirige vers l'urne avec son bulletin de vote toujours plié en deux ainsi que mentionné à l'article L4221-3, § 4, alinéa 1^{er}.

Si un autre électeur est déjà présent devant l'urne afin d'y enregistrer son bulletin de vote, l'électeur doit patienter dans la zone d'attente visée à l'article L4211-2, § 1^{er}, alinéa 3.

L'électeur remet ensuite la carte à puce au président du bureau ou à l'assesseur désigné par celui-ci, scanne le code-barres de son bulletin et insère enfin celui-ci dans l'urne.

§ 2. Le bulletin de vote est annulé :

1^o si l'électeur déplie son bulletin de vote en sortant du compartiment-isoloir, de manière à faire connaître le vote qu'il a émis. Il en est de même si l'électeur a apporté extérieurement des marques ou des inscriptions sur son bulletin de vote;

2^o si, à la suite d'une mauvaise manipulation ou de toute autre manœuvre involontaire, l'électeur a détérioré le bulletin de vote qui lui a été remis;

3^o si, pour une raison technique quelconque, l'impression du bulletin de vote s'est révélée impossible totalement ou en partie;

4^o si, lors d'une visualisation par l'électeur à l'écran du contenu du code-barres conformément à l'article L4221-4, celui-ci constate une différence entre cette visualisation apparaissant à l'écran et la mention du vote émis telle qu'imprimée sur le bulletin de vote;

5^o si la lecture du code-barres par l'urne électronique n'est pas possible.

Dans les cas visés à l'alinéa 1^{er}, 1^o et 2^o, l'annulation peut être prononcée après une décision du bureau en ce sens.

Dans les cas visés aux alinéas précédents, l'électeur est invité à recommencer son vote au moyen d'une nouvelle carte à puce. De même si un électeur a détérioré, avant son vote, par inadvertance la carte à puce qui lui a été remise, il lui est fourni une nouvelle carte à puce.

Le président inscrit sur les bulletins pliés repris en exécution de l'alinéa 1^{er}, la mention : "Bulletin repris" et y ajoute son paraphe. »

Art. 62. L'article L4221-6, § 1^{er}, du même code est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er}. A l'issue du scrutin, le président du bureau de vote rend l'appareil de vote inopérant pour des votes ultérieurs. Les données relatives au vote sont toujours enregistrées sur deux supports de mémoire.

Les bulletins de vote sont ensuite placés dans une enveloppe (ou dans un format correspondant adapté) qui est scellée. Cette enveloppe porte en suscription la mention du contenu, la date de l'élection, l'identification du bureau de vote et du canton électoral. Elle porte au verso la signature du président, des membres du bureau et, s'ils en formulent le souhait, des témoins.

Les données relatives au vote d'un bureau de vote donné ne peuvent être divulguées. »

Art. 63. L'article 4221-7 du même code, modifié par le décret du 1^{er} juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4221-7. Les supports de mémoire sont placés dans une enveloppe portant en suscription la mention du contenu, la date de l'élection, l'identification du bureau de vote et du canton électoral. L'enveloppe est scellée et porte au verso la signature du président, des membres du bureau et, s'ils en formulent le souhait, des témoins. »

Art. 64. A l'article L4221-8 du même code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, deuxième phrase, les mots "indiqué par l'urne à l'issue du scrutin, le nombre de cartes magnétiques annulées dont celles pour lesquelles le vote a été déclaré nul en vertu de l'article L4221-3, alinéas 2 et 3, ainsi que le nombre de cartes magnétiques non utilisées" sont remplacés par les mots "le nombre d'électeurs présents et le nombre de bulletins de vote repris en vertu de l'article L4221-5.1, § 2";

2^o dans l'alinéa 2, deuxième phrase, les mots "Les cartes annulées et celles ayant donné lieu à un vote déclaré nul, d'une part, et les cartes magnétiques enregistrant les votes émis à titre de test par le président ou les membres du bureau de vote avant l'ouverture du bureau aux électeurs, d'autre part," sont remplacés par les mots "Les bulletins de vote repris en vertu de l'article L4221-5.1, § 2, d'une part, et les bulletins de vote visés à l'article L4231-2, alinéa 1^{er}, 3^o, émis à titre de test par le président ou les membres du bureau de vote avant l'ouverture du bureau aux électeurs, d'autre part,";

3° dans l'alinéa 3, les mots "Les cartes magnétiques non utilisées sont placées" sont remplacés par les mots "Les cartes à puces ainsi que le papier électoral encore présent dans les imprimantes de vote ou non utilisé sont placés".

Art. 65. Dans l'article L4221-9, alinéa 1^{er}, du même code, les mots "Les urnes scellées sont remises immédiatement après le vote à un responsable désigné par le collège des bourgmestre et échevins de la commune. Le procès-verbal et les enveloppes annexées" sont remplacés par les mots "Le procès-verbal et les enveloppes annexées, l'enveloppe contenant les bulletins de vote trouvés dans l'urne".

Art. 66. A l'article L4231-2 du même code, les modifications suivantes sont apportées :

1° un alinéa rédigé comme suit est inséré avant l'alinéa unique :

« Dans les bureaux de vote où il est fait usage d'un système de vote automatisé, préalablement à l'ouverture du bureau aux électeurs :

1° le président vérifie que le bac de l'urne destiné à contenir les bulletins de vote émis par les ordinateurs de vote est vide et scelle l'urne;

2° le président vérifie que le compteur de nombre des votes enregistrés se trouve à zéro;

3° le président ou les membres du bureau effectuent, sur chaque ordinateur de vote, un vote à titre de test afin de vérifier que l'ordinateur de vote fonctionne correctement. Les bulletins de vote imprimés portant les suffrages émis à titre de test sont uniquement lus avec le lecteur de code-barres, mentionné à l'article L4211-2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, qui est présent dans un des isoloirs et ne sont ni scannés par l'urne électronique ni déposés dans celle-ci. Ces votes à titre de test sont placés dans l'enveloppe prévue à cet effet. »;

2° dans l'ancien alinéa unique, qui devient l'alinéa 2, la première phrase est abrogée.

Art. 67. A l'article L4241-2 du même code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots "sur support magnétique" sont remplacés par les mots "par voie numérique";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, la phrase suivante est insérée entre la première et la deuxième phrase :

« Celui-ci vérifie la concordance de ces documents avec le procès-verbal d'arrêt définitif des listes de candidats. »

Art. 68. A l'article L4251-1 du même code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots "du support original" sont remplacés par les mots "d'un support de mémoire";

2° dans l'alinéa 2, le mot "original" est abrogé et les mots "de la copie de ce support" sont remplacés par les mots "du second support";

3° l'alinéa 3 est remplacé par les alinéas suivants :

« Si cette opération se révèle également impossible, le président du bureau principal requiert de la commune concernée la fourniture d'une urne électronique et d'un ordinateur de président, mentionnés à l'article L4211-2; il procède à un enregistrement complet, au moyen du lecteur de l'urne, du code-barres présent sur tous les bulletins de vote placés dans l'enveloppe visée à l'article L4221-6, § 1^{er}, alinéa 2.

L'enregistrement du bureau de vote terminé, le président replace les bulletins dans l'enveloppe visée à l'article L4221-6, § 1^{er}, alinéa 2, et scelle à nouveau celle-ci. Il procède ensuite à l'enregistrement du nouveau support de mémoire ainsi constitué. »

Art. 69. A l'article L4251-3 du même code, les mots "et totalisés" sont insérés entre les mots "enregistrés" et "le président".

Art. 70. A l'article L4251-4 du même code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 2°, modifié par le décret du 1^{er} juin 2006, les mots "au gouverneur de la province" sont remplacés par les mots "au Gouvernement";

2° le § 1^{er}, alinéa 3, est abrogé;

3° le § 3 est remplacé par les §§ 3, 4 et 5 rédigés comme suit :

« § 3. Dès que l'élection a été définitivement validée ou annulée, les bulletins de vote trouvés dans les urnes, conservés au greffe du tribunal de première instance ou de la justice de paix, sont détruits.

§ 4. Dès que l'élection a été définitivement validée ou annulée, les bulletins de vote repris ainsi que ceux émis à titre de test, conservés au greffe du tribunal de première instance ou de la justice de paix, sont détruits.

§ 5. Dès que l'élection a été définitivement validée ou annulée, le papier électoral récupéré dans les imprimantes est détruit par un fonctionnaire de l'administration communale où ce papier est conservé. Un procès-verbal de cette destruction est rédigé. »

Art. 71. L'article L4261-1 est remplacé par ce qui suit :

« La contrefaçon des supports de mémoire, des bulletins de vote et des cartes à puces est punie comme faux en écritures publiques. »

Art. 72. Dans l'article L4261-2 du même code, les mots "ainsi que des supports de mémoire et des cartes magnétiques" sont remplacés par les mots "ainsi que des supports de mémoire, des cartes à puce et des bulletins de vote".

CHAPITRE 5. — DISPOSITIONS FINALES

Art. 73. Dans l'intitulé de la cinquième partie du même code, insérée par l'arrêté du gouvernement de la Région wallonne du 20 décembre 2007, les mots "de déclaration de mandats et" sont abrogés.

Art. 74. L'article L5111-1, alinéa 2, inséré par le décret du 19 juin 2008, ainsi que les articles L5211-1 à L5211-2 et L5411-1 à L5511-1 du même code, insérés par l'arrêté du gouvernement de la Région wallonne du 20 décembre 2007, sont abrogés.

Art. 75. Les articles 73 à 74 de ce décret produisent leurs effets le 1^{er} juin 2016.
Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.
Eupen, le 22 novembre 2016.

O. PAASCH
Le Ministre-Président
Mme I. WEYKMANS
La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
A. ANTONIADIS
Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales
H. MOLLERS
Le Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique

—————
Note

Session 2016-2017.

Documents parlementaires : 132 (2015-2016), ° 1. Projet de décret.

132 (2016-2017), n^{os} 2-8. Propositions d'amendement.

132 (2016-2017), n^o 9. Rapport (+ Erratum).

132 (2016-2017), n^{os} 10-12. Propositions d'amendement au texte adopté par la commission.

Compte rendu intégral : 21 novembre 2016, n^o 32. Discussion et vote.

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2016/206175]

21 NOVEMBER 2016. — Decreet tot wijziging van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie, in het bijzonder inzake gemeenteraadsverkiezingen

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — DIVERSE WIJZIGINGEN

Artikel 1. In artikel L1123-1, § 2, derde lid, van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie worden de woorden "de identiteit van de burgemeester, de schepenen alsmede die van de voorzitter van de gepolste raad voor maatschappelijk welzijn" vervangen door de woorden "de identiteit van de voorgestelde burgemeester, van de schepenen en van de vermoedelijke voorzitter van de raad voor maatschappelijk welzijn".

Art. 2. Artikel L1123-4 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 26 april 2012, wordt opgeheven.

Art. 3. In artikel L1125-1 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 8 december 2005, 1 juni 2006 en 18 april 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1^o het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 13^o, luidende :

« 13^o de leden van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap. »

2^o in het tweede lid worden de woorden "tot en met 11^o" vervangen door de woorden "tot en met 13^o".

Art. 4. Artikel L1222-3 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 2 maart 2015, wordt vervangen als volgt :

« Art. L1222-3. De gemeenteraad kiest de wijze waarop overheidsopdrachten en concessies voor aanneming van werken of diensten worden gegund en stelt de voorwaarden vast.

In gevallen van dringende spoed die voortvloeien uit niet te voorziene omstandigheden kan het gemeentecollege, op eigen initiatief, de in het eerste lid vermelde bevoegdheden uitoefenen. Zijn besluit wordt de gemeenteraad op diens eerstvolgende vergadering ter informatie meegedeeld.

De gemeenteraad kan de bevoegdheden vermeld in het eerste lid overdragen aan het gemeentecollege. »

Art. 5. Artikel L1222-4 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

« Art. L1222-4. Het gemeentecollege stelt de procedure in, gunt de overheidsopdracht of de concessie voor aanneming van werken of diensten en volgt de uitvoering ervan op.

In de gevallen waarin de onderhandeling met de inschrijvers toegelaten is, kan het gemeentecollege de voorwaarden van de overheidsopdracht of van de concessie, vóór de gunning, wijzigen. Behalve in geval van toepassing van artikel L1222-3, derde lid, licht het gemeentecollege de gemeenteraad op diens eerstvolgende vergadering daarover in.

Het gemeentecollege kan de overheidsopdracht of de concessie voor aanneming van werken of diensten in de loop van de uitvoering ervan wijzigen. »

Art. 6. In artikel L1523-15 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1^o § 3, gewijzigd bij het decreet van 26 april 2012, en § 4, worden opgeheven;

2^o § 5 wordt vervangen als volgt :

« § 5. In de statuten van elke intercommunale wordt bepaald hoeveel bestuurders de intercommunale heeft. Dat aantal mag niet lager zijn dan drie. Elke aangesloten gemeente vaardigt minstens één en hoogstens drie vertegenwoordigers in de raad van bestuur af. Indien een gemeente meer dan één vertegenwoordiger in de raad van bestuur afvaardigt, behoort minstens één van die vertegenwoordigers tot de oppositie in de gemeenteraad. »

Art. 7. In artikel L4121-1, § 2, eerste en tweede lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "een Waalse gemeente" vervangen door de woorden "een gemeente van het Duitse taalgebied".

Art. 8. Artikel L4122-2, § 4, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt opgeheven.

Art. 9. In artikel L4122-12 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 1 juni 2006 en 18 april 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid worden de woorden "De ambtenaar die het ontvangt, maakt daarvan dadelijk proces-verbaal op, waarin hij vaststelt" vervangen door de woorden "Het personeelslid van de gemeente dat het ontvangt, maakt daarvan dadelijk een proces-verbaal op waarin het vaststelt";

2° in het derde lid worden de woorden "De ambtenaar die" vervangen door de woorden "Het personeelslid van de gemeente dat";

3° in het vierde lid worden de woorden "De ambtenaar" vervangen door de woorden "Het personeelslid van de gemeente".

Art. 10. Artikel L4132-1 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt aangevuld met een § 4, luidende :

« § 4. De volmacht houder mag stemmen als hij de volmacht, één van de attesten vermeld in § 1, alsook zijn identiteitskaart en zijn eigen oproepingsbrief aan de voorzitter van het voor de volmachtgever bevoegde stembureau voorlegt. De voorzitter vermeldt op die oproepingsbrief : "heeft bij volmacht gestemd". »

Art. 11. In artikel L4133-1 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 2 wordt de datum "31 juli" vervangen door de datum "10 september";

2° § 3 wordt opgeheven.

Art. 12. In artikel L4133-2, § 1, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "de vijftiende dag" vervangen door de woorden "de dag".

Art. 13. Artikel L4134-4 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

« Elke getuige legt een verklaring af waarin hij plechtig belooft dat hij de grenzen van zijn opdrachten niet zal overschrijden. De voorzitter neemt die verklaring op in het proces-verbaal. »

Art. 14. In artikel L4141-1, § 1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt telkens het woord "Waalse" opgeheven.

Art. 15. Artikel L4142-1, § 2, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 1 juni 2006, het besluit van 20 december 2007 en het decreet van 18 april 2013, wordt aangevuld met een bepaling onder 11°, luidende :

« 11° de leden van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap ».

Art. 16. In artikel L4142-7, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 1 juni 2006 en 21 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt :

« 2° op een lijst is niet meer dan de helft van de kandidaten van hetzelfde geslacht; »

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende :

« 3° De eerste twee kandidaten van een lijst zijn niet van hetzelfde geslacht. »

Art. 17. Artikel L4142-33 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

« De lijstnummers worden eerst aan de volledige lijsten toegekend. Lijsten met één enkele kandidaat worden als onvolledige lijsten beschouwd. »

Art. 18. Artikel L4142-46 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende :

« Het is verboden zich op meer dan één lijst kandidaat te stellen. Niemand mag de bescherming van een afkorting of logo aanvragen wanneer hij tegelijk kandidaat is op een lijst met een andere beschermde afkorting of een ander beschermd logo.

De kandidaat die het verbod vermeld in het tweede lid overtreedt, wordt bestraft met een gevangenisstraf van 8 tot 15 dagen of met een geldboete van 26 tot 200 euro. Bovendien wordt die kandidaat van alle lijsten geschrapt. »

Art. 19. In artikel L4145-6, § 1, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "achtereenvolgens door 2, 3, 4, 5," vervangen door de woorden "achtereenvolgens door 1, 2, 3, 4, 5".

Art. 20. In artikel L4145-12 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, tweede lid, wordt opgeheven;

2° § 2, 1°, wordt opgeheven;

3° in § 2, 2°, dat de bepaling onder 1° wordt, worden de woorden "dit product" vervangen door de woorden "het stemcijfer van de lijst".

HOOFDSTUK 2. — DE CONTROLECOMMISSIE EN DE CONTROLE VAN DE VERKIEZINGSUITGAVEN

Art. 21. Artikel L4112-13 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 1 juni 2006 en 21 juni 2012, wordt vervangen als volgt :

« Art. L4112-13. Toezichtcommissie

Onder "toezichtscommissie" wordt de toezichtscommissie verstaan die is opgericht bij artikel 2 van het decreet van 7 april 2003 betreffende het toezicht op de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de Raad en op de mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap en die belast is met het toezicht op de verkiezingsuitgaven die voor de verkiezing van de leden van de gemeenteraden zijn gemaakt, met inbegrip van de herkomst van de geldmiddelen.

Een lid van de toezichtscommissie mag niet aan de zittingen deelnemen wanneer de toezichtscommissie een bezwaar behandelt als bedoeld in artikel L4146-25 waarbij het lid persoonlijk en rechtstreeks betrokken is, waar het lid aan ten grondslag ligt of wanneer de toezichtscommissie een bezwaar behandelt dat betrekking heeft op één of meer kandidaten die afkomstig zijn uit dezelfde gemeente als het lid.

De toezichtscommissie wordt in de uitoefening van haar controleopdracht inzake de verkiezingsuitgaven voor de gemeenteraadsverkiezingen bijstaan door een college van twee juridische deskundigen. Die deskundigen worden aangewezen door het Parlement, uiterlijk tijdens de laatste zitting vóór de gemeenteraadsverkiezingen. Hun opdracht eindigt wanneer de controle van de toezichtscommissie voltooid is.

Beide deskundigen behoren tot een van de volgende categorieën :

- magistraat, eremagistraat of emeritus van de rechterlijke orde;
- gewoon hoogleraar, buitengewoon hoogleraar, emeritus hoogleraar, hoogleraar, geassocieerd hoogleraar of docent van een Belgische universiteit met ervaring in bestuursrecht of overheidsrecht;
- houder van een diploma hoger onderwijs van het lange type in de rechtswetenschappen met ervaring in bestuursrecht of overheidsrecht.

Voor elke gewone deskundige wijst het Parlement een plaatsvervangende deskundige uit de categorie vermeld in het vierde lid aan.

Elke aldus aangewezen deskundige oefent zijn opdracht onafhankelijk uit. Zijn opdracht bestaat erin de commissieleden bij te staan. Hij heeft geen beslissende stem.

Bij een belangenconflict in verband met één of meer bezwaren bepaald in artikel L4146-25 wordt de deskundige onmiddellijk vervangen door een plaatsvervanger. »

Art. 22. In artikel L4131-4, § 2, derde lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° de woorden "de gewestelijke Controlecommissie" worden vervangen door de woorden "de toezichtscommissie";
- 2° deze bepaling geldt alleen voor de Duitse tekst.

Art. 23. In artikel L4131-6, § 2, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "Controlecommissie" en de woorden "gewestelijke Controlecommissie" vervangen door de woorden "toezichtscommissie".

Art. 24. In artikel L4146-25 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 21 juni 2012 en 18 april 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° in § 1 worden de woorden "bij de Gewestelijke Controlecommissie" vervangen door de woorden "bij de toezichtscommissie";
- 2° in § 2 worden de woorden "Gewestelijke Controlecommissie" vervangen door het woord "toezichtscommissie";
- 3° in § 4, tweede lid, worden de woorden "Gewestelijke Controlecommissie" vervangen door het woord "toezichtscommissie";
- 4° in de inleidende zin van § 7 worden de woorden "Gewestelijke Controlecommissie" vervangen door het woord "toezichtscommissie";
- 5° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 6° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 7° in § 7, 4°, worden de woorden "Gewestelijke Controlecommissie" vervangen door het woord "toezichtscommissie";
- 8° in § 7, 5°, worden de woorden "Gewestelijke Controlecommissie" vervangen door het woord "toezichtscommissie";
- 9° in § 7, 6° en 7°, worden de woorden "Gewestelijke Controlecommissie" telkens vervangen door het woord "toezichtscommissie";
- 10° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 25. In artikel L4146-26 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 21 juni 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "De Gewestelijke Controlecommissie" vervangen door de woorden "De toezichtscommissie";
- 2° in § 2 worden de woorden "De Gewestelijke Controlecommissie" vervangen door de woorden "De toezichtscommissie".

Art. 26. In artikel L4146-27 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 1 juni 2006, 21 juni 2012 en 18 april 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° in § 1 worden de woorden "Gewestelijke controlecommissie" telkens vervangen door het woord "toezichtscommissie" en in § 2, eerste en derde lid, worden de woorden "Gewestelijke controlecommissie" resp. "Gewestelijke Controlecommissie" vervangen door het woord "toezichtscommissie";
- 2° in § 3 worden de woorden "Gewestelijke Controlecommissie" vervangen door het woord "toezichtscommissie".

Art. 27. In artikel L4146-28 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 21 juni 2012, worden de woorden "Gewestelijke Controlecommissie" telkens vervangen door het woord "toezichtscommissie".

HOOFDSTUK 3. — BEVOEGDE OVERHEDEN

Art. 28. In artikel L4122-3 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 2, eerste lid, wordt vervangen als volgt :

« Een exemplaar van het register van de kiezers wordt onverwijld aan de Regering of aan de door haar gemachtigde persoon toegezonden. »;

2° § 3, eerste lid, wordt vervangen als volgt :

« De Regering of de door haar aangewezen persoon gaat over tot de nodige verificaties en zendt het gemeentecollege het betreffende register van de kiezers, met de opmerkingen en de aan te brengen wijzigingen, binnen een maand na ontvangst ervan terug. »

Art. 29. In artikel L4122-7, § 2, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "de provinciegouverneur" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 30. In artikel L4122-32, § 2, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "de provinciegouverneur of de door hem aangewezen ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering of de door haar gemachtigde persoon".

Art. 31. In artikel L4122-35, vierde lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "de provinciegouverneur" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 32. In artikel L4123-1 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, derde lid, worden de woorden "de gouverneur" vervangen door de woorden "de Regering";

2° § 2 wordt vervangen als volgt :

« § 2. Uiterlijk op 10 september deelt de Regering of de door haar gemachtigde persoon de kiezers per kieskanton in stemafdelingen in en bepaalt de volgorde van de stemafdelingen van elk kanton, te beginnen met de hoofdplaats.

Zij wijst elke stemafdeling een afzonderlijk stemlokaal toe. Als dat wegens het aantal stemafdelingen noodzakelijk is, kan zij meerdere stemafdelingen in de ruimten van eenzelfde gebouw bijeenroepen. »

Art. 33. In artikel L4123-2 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 2 worden de woorden "aan de provinciegouverneur, of aan de door hem aangewezen ambtenaar" vervangen door de woorden "aan de Regering of aan de door haar gemachtigde persoon";

2° § 3, eerste lid, wordt vervangen als volgt :

« § 3. Direct na ontvangst ervan, zendt de Regering of de door haar aangewezen persoon aan de voorzitter van het gemeentelijk bureau, tegen ontvangstbewijs of per bij de post afgegeven aangetekende brief, twee afgestempelde afschriften van alle registers van de stemmers van zijn gemeente. »

3° in § 4 worden de woorden "de provinciegouverneur" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 34. In artikel L4124-1, § 4, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "De Regering of de door hem afgevaardigde ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering of de door haar gemachtigde persoon".

Art. 35. In artikel L4125-9 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "door de gouverneur" vervangen door de woorden "door de Regering" en worden de woorden "naar behoren afgestempeld door de provinciegouverneur" vervangen door de woorden "goedgekeurd door de Regering of de door haar gemachtigde persoon".

Art. 36. In artikel L4125-13 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 worden de woorden "de provinciegouverneur" vervangen door de woorden "de Regering", wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij" en worden de woorden "met instemming van het gemeentecollege" opgeheven;

2° in § 2 worden de woorden "door de provinciegouverneur" vervangen door de woorden "door de Regering", en worden de woorden ", met instemming van het gemeentecollege" opgeheven;

3° § 3 wordt opgeheven.

Art. 37. In artikel L4143-3, § 2, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "De gouverneur" vervangen door de woorden "De Regering of de door haar gemachtigde persoon".

Art. 38. In artikel L4145-16, § 3, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "de provinciegouverneur" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 39. In artikel L4146-1 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 1 juni 2006 en 18 april 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "aan de directeur-generaal" vervangen door de woorden "aan de griffier van het Parlement";

2° in het tweede lid worden de woorden "De provincieraad" vervangen door de woorden "Het Parlement" en worden de woorden "indien hij het nodig acht" vervangen door de woorden "indien het dat nodig acht".

Art. 40. In artikel L4146-2 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "de provinciegouverneur" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 41. In artikel L4146-3 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "De provinciegouverneur" vervangen door de woorden "De Regering" en worden de woorden "het provinciecollege" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 42. In artikel L4146-5 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° voor het eerste lid wordt het volgende lid ingevoegd : "Er wordt een bezwarencommissie opgericht die bestaat uit vijf personen die op voordracht van de Regering door het Parlement aangewezen worden.";

2° in het nieuwe tweede en het nieuwe derde lid worden de woorden "Het provinciecollege" vervangen door de woorden "De bezwarencommissie" en worden de woorden "door het provinciecollege" vervangen door de woorden "door de bezwarencommissie".

Art. 43. In artikel L4146-6 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "het provinciecollege" vervangen door de woorden "de bezwarencommissie".

Art. 44. In artikel L4146-8 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 1 juni 2006 en 18 april 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt :

« Het wordt tegen ontvangstbewijs bij de bezwarencommissie afgegeven of per aangetekende brief aan de bezwarencommissie gericht. »

2° het derde lid wordt opgeheven.

Art. 45. In artikel L4146-9 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het enige lid wordt het woord "het" vervangen door het woord "zij", worden de woorden "het provinciecollege" vervangen door de woorden "de bezwarencommissie" en worden de woorden "bij het college" vervangen door de woorden "bij de bezwarencommissie";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De Regering bepaalt de verdere procedureregels, in het bijzonder voor het inleiden en voeren van het onderzoek op tegenspraak, de oproeping, de hoorzitting van personen, alsook voor het aanvragen van documenten en inlichtingen bij overheidsdiensten en besturen. »

Art. 46. In artikel L4146-10 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "van het provinciecollege" vervangen door de woorden "van de bezwarencommissie".

Art. 47. In artikel L4146-12, § 1, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "Het provinciecollege" vervangen door de woorden "De bezwarencommissie".

Art. 48. In artikel L4146-13 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 1 juni 2006 en 18 april 2013, worden de woorden "Van de beslissing van het provinciecollege of het uitblijven van enige beslissing binnen de voorgeschreven termijn wordt door de directeur-generaal binnen drie dagen kennis gegeven aan" vervangen door de woorden "Van haar beslissing of uitblijven van een beslissing binnen de voorgeschreven termijn geeft de bezwarencommissie binnen drie dagen kennis aan".

Art. 49. In artikel L4146-14 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 worden de woorden "het provinciecollege" vervangen door de woorden "de bezwarencommissie";

2° in § 2 worden de woorden "het provinciecollege" vervangen door de woorden "de bezwarencommissie";

3° in § 3 worden de woorden "het provinciecollege" vervangen door de woorden "de bezwarencommissie".

Art. 50. In artikel L4146-15 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 1 juni 2006 en 18 april 2013, worden de woorden "het provinciecollege" telkens vervangen door de woorden "de bezwarencommissie" en ook de woorden "de provinciegouverneur" worden vervangen door de woorden "de bezwarencommissie".

Art. 51. In artikel L4146-23 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het woord "biljetten" vervangen door de woorden "biljetten en registers van de stemmers";

2° het tweede en het derde lid worden opgeheven.

Art. 52. In artikel L4146-29 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "het provinciecollege" vervangen door de woorden "de bezwarencommissie";

2° § 4 wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 4. — *GEAUTOMATISEERD STEMSYSTEEM*

Art. 53. In artikel L4211-1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "geautomatiseerd stemsysteem" vervangen door de woorden "elektronisch stemsysteem met papieren bewijsstuk, hierna : geautomatiseerd stemsysteem,";

2° het tweede lid wordt opgeheven.

Art. 54. In artikel L4211-2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, eerste lid, wordt vervangen als volgt : "Een geautomatiseerd stemsysteem omvat per stembureau :

1° een elektronische stembus met een scanner;

2° verscheidene stemcomputers die alle uitgerust zijn met een aanraakbeeldscherm, een printer voor de stembiljetten en een chipkaartlezer;

3° een computer voor de voorzitter met een eenheid om de chipkaarten gebruiksklaar te maken en een printer;

4° een barcodelezer voor de visualisatie van de inhoud van de barcode door de kiezer;

5° chipkaarten.”

2° in § 1 worden, tussen het eerste en het tweede lid, de volgende leden ingevoegd : “In elk stembureau is minimum één stemhokje naast een stemcomputer eveneens uitgerust met een barcodelezer voor de visualisatie van de inhoud van de barcode door de kiezer.

Elk stembureau heeft een wachtzone die zich minstens op één meter van de stembus bevindt.”

3° in § 2, eerste lid, worden de woorden “het geheim van de stemming garanderen” vervangen door de woorden “het geheim van de stemming en het kiesgeheim garanderen”.

Art. 55. In artikel L4211-3 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, worden de woorden “het Gewest” vervangen door de woorden “de Gemeenschap”;

2° in § 1, vierde lid, worden de woorden “het Gewest” vervangen door de woorden “de Gemeenschap” en worden de woorden “ten belope van twintig procent ervan” vervangen door de woorden “ten belope van 50 procent van de werkelijk door de gemeenten te dragen investeringskosten”;

3° in § 2, eerste lid, worden de woorden “het Gewest” vervangen door de woorden “de Gemeenschap”;

4° in § 4, eerste lid, worden de woorden “de individuele magneetkaarten” vervangen door de woorden “de chipkaarten, het specifieke stempapier dat nodig is voor de afdruk van de stembiljetten”;

5° § 4, tweede lid, wordt vervangen als volgt :

« De chipkaarten, alsook het stempapier uit de printers of het stempapier dat niet gebruikt werd, worden bewaard in de lokalen van het gemeentebestuur met aanduiding van hun oorsprong. De stembiljetten die in de stembussen gevonden werden, de stembiljetten die teruggenomen werden krachtens artikel L4221-5.1, § 2, de stembiljetten die uitgebracht werden als test door de voorzitter of de leden van het stembureau voor de opening van het bureau en de gebruikte gegevensdragers worden bewaard bij de griffie van de rechtbank van eerste aanleg of van het vrederecht, met aanduiding van hun oorsprong, zolang de verkiezing niet definitief geldig of ongeldig verklaard is. »

Art. 56. In artikel L4211-6 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- de woorden “, de gemeenteraden” worden opgeheven en de woorden “de Waalse Gewestraad en de raad van de Duitstalige Gemeenschap” worden vervangen door de woorden “het Parlement van het Waalse Gewest en het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap”;

- na het eerste lid wordt een nieuw tweede lid ingevoegd, luidende :

« Bij de verkiezing van de gemeenteraden kan het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap telkens een gewone en een plaatsvervangende deskundige aanwijzen. »

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden “het Waalse Gewest” vervangen door de woorden “van de Duitstalige Gemeenschap”;

3° in § 3 wordt de eerste zin aangevuld met de woorden “of, naargelang van het geval, bij de Regering en het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap”.

Art. 57. In artikel L4221-1 van hetzelfde Wetboek wordt het woord “stemmachine” vervangen door het woord “stemcomputer”.

Art. 58. In artikel L4221-2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in § 1 worden de woorden “een magneetkaart die de voorzitter of de bijzitter vooraf gebruiksklaar heeft gemaakt door middel van de elektronische stembus” vervangen door de woorden “een chipkaart die de voorzitter of de bijzitter vooraf gebruiksklaar heeft gemaakt en waarmee de kiezer eenmaal kan stemmen per verkiezing waarvoor hij opgeroepen is”;

2. in § 2, eerste lid, worden de woorden “de magneetkaart in de gleuf die daartoe is voorzien in de kaartenlees- en registreereenheid van de stemmachine” vervangen door de woorden “de chipkaart in de kaartlezer die hiertoe voorzien is in de in het stemhokje geïnstalleerde stemcomputer”;

3. de eerste zin van § 3, tweede lid, wordt vervangen als volgt :

« De kiezer duidt de lijst van zijn keuze aan door aanraking van het aanraakbeeldscherm. »;

4. de inleidende zin van § 3, vierde lid, wordt vervangen als volgt :

« De kiezer brengt zijn stem uit door het aanraakbeeldscherm aan te raken : ».

Art. 59. Artikel L4221-3 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

« Art. L4221-3. § 1. Wanneer de kiezer voor alle verkiezingen heeft gestemd, wordt een stembiljet afgedrukt en te zijner beschikking gesteld.

§ 2. Binnen eenzelfde kieskring moeten de afmetingen van het afgedrukte stembiljet identiek zijn, ongeacht de stem uitgebracht door de kiezer.

De Regering bepaalt deze afmetingen voor elke kieskring. Zij bepaalt ook de op het stembiljet afgedrukte vermeldingen.

§ 3. Het afgedrukte stembiljet bevat twee delen :

1° een deel dat de uitgebrachte stem van de kiezer als tweedimensionale barcode aangeeft;

2° een deel dat voor elk type van verkiezing, indien dit het geval is, de door de kiezer uitgebrachte stem in uitgetypte vorm aangeeft. Het uitgetypte deel is louter bestemd voor controle- en auditdoeleinden.

§ 4. De kiezer vouwt dan op regelmatige en zorgvuldige wijze zijn stembiljet in twee delen met de bedrukte zijde naar binnen om het stemgeheim te bewaren.

Het bureau waakt erover dat het stemgeheim wordt gerespecteerd.

§ 5. De kiezer neemt de chipkaart terug uit de kaartlezer die hiervoor voorzien werd. Noch op de stemcomputer, noch op de chipkaart, worden gegevens over de uitgebrachte stem bewaard. »

Art. 60. Artikel L4221-4 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

« Art. L4221-4. De kiezer heeft de mogelijkheid, door middel van een specifieke lezer die te zijner beschikking wordt gesteld, om de in artikel L4221-3, § 3, 1^o, bedoelde barcode op een scherm te visualiseren. Zo ziet hij of de inhoud van deze barcode overeenstemt met de stem die hij op het scherm heeft uitgebracht voor elke verkiezing en die in getypte vorm weergegeven wordt op het stembiljet.

De visualisatie gebeurt in de volgorde waarin de stemmen werden uitgebracht. Bij deze visualisatie kan de kiezer zijn stem niet meer veranderen. »

Art. 61. In hetzelfde Wetboek wordt een artikel L4221-5.1 ingevoegd, luidende :

« Art. L4221-5.1. § 1. Nadat de kiezer zijn stem heeft uitgebracht, verlaat hij het stemhokje en gaat hij naar de stembus met zijn stembiljet nog steeds in twee gevouwen zoals vermeld in artikel L4221-3, § 4, eerste lid.

Als een andere kiezer al aanwezig is voor de stembus om er zijn stembiljet te registreren, moet de kiezer wachten in de wachzone bedoeld in artikel L4211-2, § 1, derde lid.

De kiezer geeft zijn chipkaart vervolgens aan de voorzitter van het bureau of aan de door hem aangewezen bijzitter, scant de barcode van zijn stembiljet en steekt dit vervolgens in de stembus.

§ 2. Het stembiljet wordt geannuleerd :

1^o indien de kiezer, bij het verlaten van het stemhokje, zijn stembiljet zo vouwt dat de stem die hij heeft uitgebracht, bekendgemaakt wordt. Hetzelfde geldt als de kiezer aan de buitenkant markeringen of inschrijvingen heeft aangebracht op zijn stembiljet;

2^o indien de kiezer door een verkeerde manipulatie of door enige andere onvrijwillige beweging, het aan hem overhandigde stembiljet heeft beschadigd;

3^o indien de afdruk van het stembiljet om welke technische reden ook totaal of gedeeltelijk onmogelijk blijkt te zijn;

4^o indien de kiezer bij visualisatie op het scherm van de inhoud van de barcode in overeenstemming met artikel L4221-4 een verschil vaststelt tussen deze visualisatie op het scherm en de vermelding van de stem zoals afgedrukt op het stembiljet;

5^o als de barcode niet gelezen kan worden door de elektronische stembus.

In de in het eerste lid, 1^o en 2^o, bedoelde gevallen kan de annulering uitgesproken worden na een beslissing van het bureau in die zin.

In de in de vorige leden bedoelde gevallen wordt de kiezer verzocht opnieuw te stemmen door middel van een andere chipkaart. Op dezelfde manier zal een kiezer die voor het stemmen per ongeluk de chipkaart die aan hem werd overhandigd, beschadigd heeft, een nieuwe chipkaart krijgen.

De voorzitter schrijft op de geplooidde stembiljetten die hij heeft teruggenomen in uitvoering van het eerste lid, de vermelding : "Teruggenomen stembiljet" en brengt zijn paraaf aan. »

Art. 62. Artikel L4221-6, § 1, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

« § 1. Na afloop van de stemming stelt de voorzitter van het stembureau de stemapparatuur buiten werking voor latere stemmingen. De gegevens betreffende de stemming worden altijd opgeslagen op twee gegevensdragers.

De stembiljetten worden vervolgens in een omslag of in een hiertoe aangepaste drager gestoken, die verzegeld wordt. Deze omslag heeft als opschrift de vermelding van de inhoud, de datum van de verkiezing, de identificatie van het stembureau en van het kieskanton. Op de achterkant van de omslag wordt de handtekening van de voorzitter, de leden van het bureau en de getuigen, indien zij erom vragen, aangebracht.

De stemgegevens van een individueel stembureau mogen niet bekend worden gemaakt. »

Art. 63. Artikel L4221-7 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 1 juni 2006, wordt vervangen als volgt :

« Art. L4221-7. De gegevensdragers worden in een omslag gestoken met als opschrift de vermelding van de inhoud, de datum van de verkiezing, de identificatie van het stembureau en van het kieskanton. De omslag wordt verzegeld en op de achterkant ervan wordt de handtekening van de voorzitter, de leden van het bureau en de getuigen, indien zij erom vragen, aangebracht. »

Art. 64. In artikel L4221-8 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1^o in de tweede zin van het eerste lid worden de woorden " , dat na de stemming wordt aangegeven door de stembus, het aantal geannuleerde magneetkaarten waaronder diegene waarvoor de stemming ongeldig werd verklaard krachtens artikel L4221-3, tweede en derde lid, alsook het aantal ongebruikte magneetkaarten" vervangen door de woorden "het aantal opgekomen kiezers en het aantal stembiljetten dat krachtens artikel L4221-5.1, § 2, werd teruggenomen";

2^o in de tweede zin van het tweede lid worden de woorden "De geannuleerde kaarten en de kaarten die aanleiding hebben gegeven tot een ongeldig verklaarde stem enerzijds en de magneetkaarten met de stemmen uitgebracht bij wijze van test door de voorzitter of de leden van het stembureau voor de opening van het bureau voor de kiezers anderzijds" vervangen door de woorden "De stembiljetten die teruggenomen werden krachtens artikel L4221-5.1, § 2, enerzijds, en de stembiljetten bedoeld in artikel L4231-2, eerste lid, 3^o, die uitgebracht werden als test door de voorzitter of de leden van het stembureau voor de opening van het bureau voor de kiezers, anderzijds,";

3^o in het derde lid worden de woorden "De ongebruikte magneetkaarten" vervangen door de woorden "De chipkaarten, alsook het stempapier dat nog aanwezig is in de stemprinters of niet gebruikt werd,".

Art. 65. In artikel L4221-9, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "De verzegelde stembussen worden onmiddellijk na de stemming overhandigd aan een door het college van burgemeester en schepenen van de gemeente aangewezen verantwoordelijke. Het proces-verbaal en de bijgevoegde omslagen" vervangen door de woorden "Het proces-verbaal, de bijgevoegde omslagen, de omslag die de stembiljetten bevat die in de stembus werden gevonden,".

Art. 66. In artikel L4231-2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° voor het enige lid wordt het volgende eerste lid ingevoegd :

« In de stembureaus waar gebruik wordt gemaakt van een elektronisch stemsysteem, wordt het volgende gedaan vóór de opening van het bureau voor de kiezers :

1° de voorzitter gaat na of de bak van de stembus voor de door de stemcomputers afgedrukte stembiljetten leeg is en verzegelt de stembus;

2° de voorzitter gaat na of de teller van de uitgebrachte stemmen op nul staat;

3° de voorzitter voert of de bureauleden voeren op elke stemcomputer een teststem uit om na te gaan of de stemcomputer correct werkt. De afgedrukte stembiljetten met de stemmen die uitgebracht werden als test, worden enkel gelezen met de barcodelezer, bedoeld in artikel L4211-2, § 1, eerste lid, 4°, die aanwezig is in één van de stembokjes en worden noch gescand door de elektronische stembus, noch hierin gestoken. Deze teststemmen worden in de daartoe bestemde omslag gestoken. »

2° in het vroegere enig lid, dat het tweede lid wordt, wordt de eerste zin opgeheven.

Art. 67. In artikel L4241-2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, worden de woorden "op magnetische drager" vervangen door het woord "digitaal";

2° in § 2, eerste lid, wordt tussen de eerste zin en de tweede zin de volgende zin ingevoegd :

"Deze gaat de overeenstemming na tussen deze stukken en het proces-verbaal van de definitieve afsluiting van de kandidatenlijsten."

Art. 68. In artikel L4251-1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "de oorspronkelijke drager" vervangen door de woorden "één van de gegevensdragers";

2° in het tweede lid wordt het woord "originele" opgeheven en worden de woorden "van de kopie van deze drager" vervangen door de woorden "van de tweede gegevensdrager";

3° het derde lid wordt vervangen door de volgende leden :

« Indien deze verrichting eveneens onmogelijk blijkt, eist de voorzitter van het hoofdbureau van de betrokken gemeente de levering van een elektronische stembus en van een computer voor de voorzitter, vermeld in artikel L4211-2; hij gaat over tot een volledige registratie, met behulp van de lezer van de stembus, van de barcodes op elk stembiljet in de omslag bedoeld in artikel L4221-6, § 1, tweede lid.

Als de registratie van het stembureau is beëindigd, steekt de voorzitter de stembiljetten opnieuw in de omslag bedoeld in artikel L4221-6, § 1, tweede lid, en verzegelt hij deze opnieuw. Vervolgens gaat hij over tot de registratie van de nieuwe aldus aangemaakte gegevensdrager. »

Art. 69. In artikel L4251-3 van hetzelfde Wetboek wordt het woord "geregistreerd" vervangen door de woorden "geregistreerd en getotaliseerd".

Art. 70. In artikel L4251-4 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, 2°, gewijzigd bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "de provinciegouverneur" vervangen door de woorden "de Regering".

2° § 1, derde lid, wordt opgeheven;

3° § 3 wordt vervangen door de paragrafen 3, 4 en 5, luidende :

« § 3. De in de stembussen gevonden stembiljetten die bewaard worden bij de griffie van de rechtbank van eerste aanleg of van het vrederecht worden, zodra de verkiezing definitief geldig of ongeldig is verklaard, vernietigd.

§ 4. Zodra de verkiezing definitief geldig of ongeldig is verklaard, worden de teruggenomen stembiljetten alsook deze die als test werden uitgebracht, die bewaard worden bij de griffie van de rechtbank van eerste aanleg of het vrederecht, vernietigd.

§ 5. Zodra de verkiezing definitief geldig of ongeldig verklaard werd, wordt het stempapier dat uit de printers gehaald wordt, vernietigd door een ambtenaar van het gemeentebestuur waar dit papier wordt bewaard. Er wordt een proces-verbaal van vernietiging opgemaakt. »

Art. 71. In artikel L4261-1 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "Vervalsing van geheugendragers en magneetkaarten" vervangen door de woorden "Vervalsing van gegevensdragers, stembiljetten en chipkaarten".

Art. 72. In artikel L4261-2 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "en alsook van de geheugendragers en de magneetkaarten" vervangen door de woorden "en van gegevensdragers, chipkaarten en stembiljetten".

HOOFDSTUK 5. — SLOTBEPALINGEN

Art. 73. In het opschrift van het vijfde deel van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het besluit van de Waalse Regering van 20 december 2007, worden de woorden "de aangifte van mandaten en" opgeheven.

Art. 74. Artikel L5111-1, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 19 juni 2008, en de artikelen L5211-1 tot en met L5211-2 en L5411-1 tot en met L5511-1 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het besluit van de Waalse Regering van 20 december 2007, worden opgeheven.

Art. 75. De artikelen 73 tot en met 74 van dit decreet hebben uitwerking met ingang van 1 juni 2016. Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt. Eupen, 22 november 2016.

O. PAASCH
De Minister-President
Mevr. I. WEYKMANS
De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme
A. ANTONIADIS
De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
H. MOLLERS
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2016-2017.

Parlementaire stukken : 132 (2015-2016), nr. 1. Ontwerp van decreet.

132 (2016-2017), nrs. 2-8. Voorstellen tot wijziging.

132 (2016-2017), nr. 9. Verslag + Erratum.

132 (2016-2017), nrs. 10-12. Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst.

Integraal verslag : 21 november 2016. nr. 32. Bespreking en aanneming.

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2016/206102]

28. OKTOBER 2016 — Erlass der Regierung zur Schaffung eines Rates für Familienleistungen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 § 1, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, abgeändert durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 6. Oktober 2016;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 28. Oktober 2016;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft voraussichtlich am 1. Januar 2019 eigenständig die Familienleistungen verwalten wird und mit den Vorbereitungen zur Übernahme dieser Zuständigkeit, insbesondere die Ausarbeitung der entsprechenden Rechtstexte, unverzüglich begonnen werden muss; dass der zu schaffende Rat mitunter damit beauftragt wird, bei der Ausarbeitung der Rechtstexte mitzuwirken, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Schaffung des Rates für Familienleistungen

Es wird ein Rat für Familienleistungen, nachstehend "Rat" genannt, geschaffen.

Art. 2 - Aufgaben des Rates

Die Aufgaben des Rates umfassen :

1. das Erstellen von Gutachten aus eigener Initiative oder auf Anfrage des für Familie zuständigen Ministers oder der Regierung;
2. die Beobachtung der Entwicklungen der Familienleistungen im In- und Ausland;
3. die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Optimierung der Familienleistungen;
4. das Untersuchen der Auswirkungen der Familienleistungen auf die Situation der Familien und insbesondere auf die Kinderarmut.

Die Regierung holt über jeden Entwurf eines Dekretes oder eines Erlasses bezüglich der Familienleistungen das Gutachten des Rates ein. Der Rat gibt das Gutachten innerhalb einer Frist von 45 Tagen nach Erhalt der Anfrage ab. Nach Ablauf dieser Frist kann die Regierung den Entwurf ohne das Gutachten verabschieden.

Art. 3. Zusammensetzung des Rates

§ 1 - Dem Rat gehören folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. sechs Vertreter des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wovon drei Vertreter der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen und drei Vertreter der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

2. drei Vertreter der Organisationen, die die Interessen der Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertreten.